

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 34.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 23. August 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Es geht der Pendel Tag für Tag
Im gleichen Schlag,
Und jede Schwingung zeigt mir an
Den Augenblick, der mir verrann.
Und jeder Schlag ruft ernst zu mir:
Auf, wirke Du!
Und säume nicht! Es kommt die Nacht,
Die allem Werk ein Ende macht.

Christliche Gewerkschaften und soziale Wahlen.

(Siehe hierzu den Artikel in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“.)

Wenn wir schon aus den knappen Darlegungen in der vorigen Nummer über die Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Arbeiterschaft innerhalb der sozialen Institutionen die Wichtigkeit der Arbeitervertreterwahlen erkennen, so kommt noch hinzu, daß auch die christliche Gewerkschaftsbewegung selbst auf das lebhafteste an dem Ausgang dieser Wahlen interessiert ist.

Es streiten sich in der Hauptsache um die Befestigung der sozialen Aemter die christliche und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, und es trifft zu, was schon des öftern betont werden mußte: die Wahlen zu den Krankenkassenausschüssen und -Vorständen, sowie zu den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern und zum Reichsversicherungsbezw. Landesversicherungsamt, sind der Probierstein und Gradmesser für die zahlenmäßige Stärke, die Durchschlags- und Anziehungskraft der beiden Gewerkschaftsrichtungen. Trotzdem die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie seiner Zeit die soziale Versicherungsgebung ablehnte, bemüht sie sich doch mit aller Kraft, die Versicherungsvertreter ihrer Richtung in die Positionen der obengenannten Träger und Behörden der Arbeiterversicherung hineinzubringen. Die christliche Arbeiterschaft hat nun keinerlei Interesse daran, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Hauptsache diese wichtigen Stellen besetzen. Erstens nützen die Sozialdemokraten diese Aemter im Sinne ihrer politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen aus, das müssen wir so viel wie möglich verhindern, und außerdem muß die christliche Gewerkschaftsbewegung schon aus Gründen der Selbsterhaltung, und um eine gute Praxis und Rechtspredung der Versicherungsträger und -Behörden zu erreichen, sich aufs lebhafteste an den kommenden sozialen Wahlen beteiligen. Natürlich gilt es auch, durch gutes Abschneiden bei den Wahlen das Ansehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Öffentlichkeit zu erhöhen und zu stabilisieren; die eigenen Mitglieder aber werden dadurch im Bauen und Vertrauen auf ihre Sache gestärkt und gefestigt. Die gut ausgelaufenen Wahlen haben in der Regel ihre Wirkung auf das Vorwärtstommen unserer Bewegung in den betreffenden Bezirken zweifellos ausgeübt. Sie erhöhten die Werbekraft derselben, erfüllten unsere Leute mit Begeisterung und Zueversicht. Schlechte Wahlergebnisse berührten das Gegenteil. Sie äußern sich dadurch, daß sie die eigenen Anfänger schwankend, andere matt und in der Arbeit müde werden läßt. Darum müssen wir schon aus agitatorisch-gewerkschaftlichen Gründen zur Anspannung aller Kräfte für die kommenden sozialen Wahlen aneifern. Man kann jetzt nirgends mehr mit der Redensart kommen: es nützt doch nichts, wir kommen doch nicht durch. Wir haben jetzt das Verhältniswahlssystem und auf Grund dessen müssen wir in mehr oder minder stärkerem Maße zur Geltung kommen, sowohl bei den Versicherungsträgern wie auch bei den Versicherungsbehörden. Auch in den Gegenden, wo die christliche

Gewerkschaftsbewegung relativ schwach vertreten ist, muß sie sich mit aller Kraft bei den sozialen Wahlen betätigen, denn die Verteilungsziffer dürfte bei einigermaßen Anstrengung immerhin bei den Wahlen von ihr aufgebracht werden können, besonders dann, wenn sie sich mit den bestehenden konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen sowie nationalen Angestelltenverbänden zum gemeinsamen Vorgehen verbindet.

Selbstverständlich müssen die Vorarbeiten zu den Wahlen großzügig eingeleitet und gründlich durchgeführt werden. Wo dieses geschieht, schafft man zudem eine Reihe wirkungsvoller Agitationsmittel für die christlichen Gewerkschaften. Die angelegten Konferenzen, Versammlungen und Hausbesuche interessieren auch unorganisierte Kollegen schließlich für unsere Sache, denn unsere Vertrauensleute sind doch keine „stummen Hunde“, sondern redende und handelnde Persönlichkeiten, die jede günstige Gelegenheit auch für ihre Gewerkschaftsfrage ausnützen. Durch den Wahlkampf werden außerdem die Gegensätze zwischen sozialdemokratisch und christlich in der Regel so scharf hervorgehoben, daß christlich und national gesinnte Unorganisierte dann verhältnismäßig viel leichter für die christliche Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden können.

Die sozialen Wahlen sollen und können auch zur Uebung in der organisatorischen Praxis für unsere Bewegung wirken. Man entdeckt und bekommt neue Mitarbeiter, Kollegen, die sich vielleicht bisher bescheiden und schüchtern gehalten haben, werden durch den Wahlkampf und die Begeisterung an die Oberfläche geworfen. Sie sind am Ende tauglich für unsere Sache als zukünftige Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder. Die Wahlzeiten sollen überhaupt dazu ausgenutzt werden, neuen Schwung und Stimmung in den einzelnen Orten für unsere Bewegung auszulösen.

Die sozialen Wahlen bieten endlich auch die Gelegenheit, mit den andern christlichen und nationalen Vereinen und Organisationen Beziehungen herzustellen, um gemeinsam einen starken Damm, oder noch besser, ein machtvolles Angriffsheer der Sozialdemokratie entgegenstellen zu können. In nicht wenigen Orten haben diese Beziehungen zur Errichtung von sogenannten „Sozialen Ausschüssen“ geführt, die ständig den Dingen auf sozialem und kommunalem Gebiet die größte Aufmerksamkeit schenken. Diese sozialen Ausschüsse können außerdem auch leichter und in umfangreichem Maße das nötige „Kleingeld“, das zur Durchführung der sozialen Wahlen nun einmal in den einzelnen Bezirken aufgebracht werden muß, und zwar möglichst vorher, zusammenbringen. Um besten werden die Wahl- und sonstigen Kosten in diesen sozialen Ausschüssen durch Zahlung laufender Beiträge seitens der angeschlossenen Ortsgruppen und Vereine herbeigeschafft.

Wenn wir nun noch in Betracht ziehen, daß ab 1. Januar 1914 zwischen 6—7 Millionen Neuzuversicherte der Krankenversicherung unterstellt werden, wenn wir ferner daran denken, daß durch die neue Reichsversicherungsordnung den Versicherern alljährlich 200—250 Millionen Mark mehr als bisher zufließen können, dann erst kommt uns zu vollem Bewußtsein, welche Wichtigkeit doch demnächst den Krankenkassenausschüssen, den Vorstandswahlen und den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern sowie Reichsversicherungsamtswahlen zuzumessen ist. Darum alle heran zur Mitarbeit, auch die, die da glauben, sich nur bei politischen Wahlen rühren zu müssen. Zu allererst kommt unsere Standesarbeit! Wir brauchen sowohl tüchtige Leute zur Durchführung der Wahlen wie auch in den verschiedensten Ehrenämtern der Sozialversicherung, ohne diese wäre die Selbstverwaltung derselben eine Farce.

Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie.

(Schluß.)

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 14) ist es der Revisionsrat Edmund Fischer, der dem Generalstreikgedanken zuleibe rückt. Er schreibt über die Aussichten eines etwaigen Massenstreiks:

„In zwei, höchstens drei Wochen wären die Geldmittel der Streikenden erschöpft, die Kassen der Gewerkschaften geleert, und es bliebe den kämpfenden keine andere Wahl (sofern sie nicht auf die Barrikade steigen wollen), als wieder zur Arbeit zurückzukehren. Dann wäre es mit ihrer Macht aber auch vorbei: auf viele Jahre hinaus. Und was dann? Die Unternehmer hätten es nun leicht, den Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktiertieren und durch Lohnreduzierungen den erlittenen Schaden wieder einzubringen. Die Organisationen der Arbeiter werden zusammenbrechen, sicher aber viele Jahre lang zur Ohnmacht verurteilt sein. Was sollte nun die preussische Regierung oder der Landtag bestimmen, die Wahlreform in Angriff zu nehmen?“

Fischer meint zum Schluß, wer den politischen Massenstreik inszenieren will, steht nicht höher als die früheren

Revolutionen, Verschwörer, Putzschisten.

Er sehe die Errungenschaften jahrzehntelanger Kulturarbeit aufs Spiel und hemme die wirklichen politischen Aktionen zur Erringung neuer Positionen für die Arbeiterklasse.

Auch in der übrigen sozialdemokratischen Parteipresse stehen sich die Ansichten gegenüber. Während Genosse Frank, der Großblockfreund, in trauriger Eintracht mit der revolutionär gesinnten, jeder Kompromisselei abholden Rosa Luxemburg für den Generalstreik ins Feld zieht, erhebt Frank's Großblockbruder, der Genosse Kolb, in seinem Organ, dem „Karlsruher Volksfreund“, gegen den politischen Massenstreik die schwersten Bedenken. Er fürchtet, ein solcher Massenstreik werde ganz andere Folgen haben als eine Förderung der Wahlrechtsbewegung. Es werde zu Zusammenstößen kommen mit der bewaffneten Macht. Daß diese nicht mit einem Sieg der demonstrierenden Proletarier enden würden, liege auf der Hand. Dieselbe Disziplin, die bei den Arbeitern herrscht, und auf die wir mit Recht so stolz sind, herrscht auch beim Militär. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Daß solche Zusammenstöße, die notwendigerweise mit einer Niederlage der Arbeiter enden würden, der Wahlrechtsbewegung nicht förderlich wären, ist ohne weiteres begreiflich. Auf Grund dessen sieht Kolb im Großblock das beste Mittel, um zu einer Umgestaltung des preussischen Wahlrechts zu kommen. Das Proletariat dürfe sich im Kampf um die Wahlrechtsreform nicht selbst isolieren, sonst sei und bleibe der Kampf noch auf lange Zeit aussichtslos.

Die ebenfalls zum rechten Flügel gehörende Freiburger „Volkswacht“ spricht zwar den Kolb'schen Einwänden nicht die Berechtigung ab, kommt aber trotzdem zu der Ueberzeugung:

„Es muß gehen! Wir kommen in Preußen um eine Anwendung des politischen Massenstreiks nicht herum; die Zukunft wird uns darin recht geben. Denn das andere Mittel, das Kolb für den politischen Massenstreik vorschlägt (der Großblock, D. R.), verschleppert die Sache und bringt uns schließlich doch nicht ans Ziel.“

Die „Volkswacht“ ist schließlich für den politischen Massenstreik und den Großblock; zwei Dinge, die nach der durchaus begründeten Ansicht der Radikalen unvereinbar sind.

Ganz anderer Ansicht bezüglich des politischen Massenstreiks ist wiederum die revisionsistische „Chemnitzer Volksstimme“. Sie schreibt:

„Wir haben nichts gegen eine Erörterung der Massenstreikfrage, halten den politischen Massenstreik selbst aber auf absehbare Zeit in Deutschland für undurchführbar. Wir haben den Mut, so feige zu sein, daß wir auf jedes Kampfmittel verzichten, von dessen Unwirksamkeit wir von vornherein überzeugt sind.“

Genosse Kolb konnte sich aber in seinen Artikeln nicht nur auf die „Chemnitzer Volksstimme“, sondern —

wenigstens bezüglich seiner Bedenken gegen den politischen Massenstreik — auch auf die radikale „Essener Arbeiterzeitung“ berufen. Diese wendet sich, bezugnehmend auf die Frankische Rede, gegen den

süddeutschen Süsarentritt

der opportunistischen Parteischlung und gegen die „geradezu leichtfertige Art“, wie diese die preussischen Parteigenossen in den politischen Massenstreik hineinzujauchen. Wörtlich schreibt sie:

„In unserem westlichen Industriegebiet Preußens haben wir seit 1889 nun schon dreimal den wirtschaftlichen Massenstreik im Bergbau erlebt und die praktischen Lehren dieser Bewegung kennen gelernt, die sich bis jetzt noch in keine noch so schön erklügelte Surrealistik hineinpressen läßt.“

Die Genossen im Industriegebiet hätten ihre heutige Stellung im Bekämpfungskampf des Proletariats zu mühsam erobert, als daß sie sich je dazu herbeilassen würden, den Kampf um die Erklärung der preussischen Zwangsburg aufzunehmen, ehe sie nicht mit gutem Gewissen sagen könnten, nach ihrem Ermessen sei alles zu einem erfolgreichen Feldzug bereit.

So ziemlich den entgegengesetzten Standpunkt nimmt das ebenfalls radikale „Dochumer Volksblatt“ ein. Nach ihr bilden die Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Streiks im Ruhrgebiet kein Merkmal zur Beurteilung der Möglichkeiten eines politischen Massenstreiks. Dieser trage seinen Maßstab in sich selbst. Mit den fortwährenden Erwägungen über dessen Möglichkeit seien die Massen nicht ins Feuer zu bringen, und wenn man nichts zu tun wisse, als die Schwierigkeiten zu erörtern, biete ein politischer Massenstreik niemals Aussicht auf Erfolg. Es sei auch kein Mensch in der Lage, zu sagen, das deutsche Industrieproletariat sei zu einem politischen Massenstreik nicht reif!

Die „Rheinische Zeitung“ wäre an sich schon für den politischen Massenstreik, wenn nur — die Massen wollten. Sie meint:

„Politischer Massenstreik? — ein packender, überwältigender Gedanke, aber zu schön, um in unserer Atmosphäre behaglicher Gemächlichkeit Hoffnung auf Verwirklichung geben zu können! Das ganze Preußen müßte es sein. Doch wo ist der moderne Hercules, der den Hunderttausenden und Millionen, die träge dahindösen, den heißen Atem revolutionärer Energie einblasen könnte? Das im Verhältnis recht kleine Heer unserer energiegelbten und opferbereiten Kämpfer reicht natürlich bei weitem nicht aus; die Hoffnung darauf, daß wir die über das Gelingen eines Massenstreiks entscheidenden Schlachten mitreißen könnten, ist aber vorab so gering, daß jede Massenstreikdebatte im Sande verlaufen muß. Gewiß: in uns allen brennt die heiße Sehnsucht nach kraftvoller Massenaktion — aber die lähmende und niederziehende Gleichgültigkeit, die politische Saft- und Kraftlosigkeit von Millionen, die dabei sein müßten, bringt uns die vorläufige Aussichtslosigkeit solcher Wünsche sehr bitter zum Bewußtsein.“

In der „Märkischen Volksstimme“ vertreten die zwei Redakteure zwei direkt entgegengesetzte Ansichten. Der eine tritt für die Notwendigkeit und die Propagierung des politischen Massenstreiks ein, der andere meint, der Massenstreikgedanke sei unrealer Natur, ein importiertes Gewächs. Er komme ihm vor wie ein plötzlich auflackerndes Strohflecken, das durch einen ungeahnten Windstoß entzündet wird. Der Wind, der im jetzigen Falle das Feuer angezündet habe, komme aus Belgien.

Die angeführten Äußerungen ergeben ein wirres Durcheinander. Von einer Einheitslichkeit in der Beurteilung der Massenstreikfrage, von einem bestimmten Plan keine Spur. Und in diesem Chaos soll der nächste Parteitags Ordnung bringen. Aus diesem Labyrinth der Meinungen und Ansichten einen Weg zu finden, der die einen befriedigt und die anderen nicht vor den Kopf stoßt, wird für ihn keine leichte Aufgabe sein. Jergend ein praktisches Ergebnis werden die Auseinandersetzungen kaum zeitigen. Der einzige Erfolg der ganzen Streiterei wird der sein, daß die Massen radikalisiert und der Gewerkschaftsbewegung dadurch neue Schwierigkeiten bereitet werden.

Die Maßnahmen gegen die Teuerung im Lichte der Gewerbeinspektionsberichte.

Die Stadt Posen hat russisches Fleisch zu verhältnismäßig billigen Preisen verkauft. Einige Stadtverwaltungen des Regierungsbezirks haben Seefische und Kartoffeln bezogen. Sonst ist den Beamten von einer Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln nichts bekannt geworden. Aus dem Bezirk Bromberg wird berichtet, daß infolge der Teuerung die meisten größeren, aber auch viele kleinere Gemeinden, dazu übergingen, Lebensmittel im großen zu beschaffen, um den Lebensunterhalt der Arbeiterbevölkerung nach Möglichkeit zu verbilligen. Die Bezüge von anstwärts bestanden in der Hauptsache in Lieferungen von russischem Schweinefleisch und von Seefischen. Anfangs ließ man den Verkauf vielfach durch Händler vornehmen, denen der Verkaufspreis vorgeschrieben wurde. Nachdem man aber hierbei ungünstige

Erfahrungen gemacht hatte, übernahmen die Gemeinden zumeist den Verkauf selbst. Fleisch und Fisch kauften die minderbemittelten Klassen in Menge bis zu vier oder fünf Pfund, sie erzielten hierdurch teilweise eine Ersparnis von etwa 20 Prozent des üblichen Ladenpreises. Aus dem großen Breslauer Bezirke wird mit einigen Sätzen berichtet, daß u. a. Schweidnitz, Waldenburg, die anschließenden Ortschaften und einige kleine Städte Seefischmärkte einrichteten oder unterstützten; einige wenige Städte setzten sich für den Bezug von frischem Fleisch ein. Die Gemeinden hatten ebenso wie die Privaten mit der Gegnerschaft der Gewerbetreibenden zu rechnen. Erinnert sei bei dieser Gelegenheit daran, daß unser Verbandsbeamter des schlesischen Bezirkes im vorigen Jahre berichtete, daß in einigen Städten die Löhne der Arbeiter noch zu gering seien, um die billigen Seefische zu kaufen.

Im Regierungsbezirk Liegnitz haben u. a. die Magistrat in Liegnitz, Görlitz und Roschau in den größeren Betrieben durch Anschlag Ort und Zeit des Verkaufs des von ihnen bezogenen billigeren ausländischen Fleisches und der gleichfalls von ihnen beschafften Seefische bekannt gemacht. Bei dem Bezuge von Lebensmitteln in den Betrieben wird in dem genannten Bezirke im allgemeinen wie folgt verfahren:

„Die Lebensmittel werden auf Antrag der Arbeiter durch Vermittlung des Arbeiterausschusses beschafft. Die Firma läßt von verschiedenen Seiten Proben kommen, die dem Arbeiterausschusse zur Begutachtung überlassen werden. Der Arbeiterausschuss beantragt die Menge, die voraussichtlich gebraucht wird. Die Firma gibt vorläufig das Geld zur Beschaffung der gewünschten Lebensmittel und lagert die Waren ab, bis zum Einzelverkauf. Der Arbeiterausschuss erhält Kenntnis von den Einkaufspreisen, und hierauf wird von dem Ausschuss der Preis festgesetzt, zu dem die gekaufte Ware an die Arbeiter abgegeben wird. Der Verkauf oder die Verteilung der gekauften Lebensmittel geschieht meist durch einen Beamten der Betriebe oder ein Mitglied des Arbeiterausschusses. Im allgemeinen beteiligen sich am Kaufe sämtliche Arbeiter mit eigenem Hausstand und außerdem solche ledige Arbeiter, die ihre Eltern zu versorgen haben.“

Der Bericht macht einige Angaben über den Verkauf alkoholfreier Getränke, namentlich von Milch, in einer Fabrikantinn und fügt hinzu:

„Die Firma hat erkannt, daß ein richtig genährter Arbeiter weniger Bedürfnis nach Alkohol hat als ein schlecht genährter, und daß durch Förderung des Milchverkaufs der Alkoholverbrauch zurückgegangen ist. Es hat sich ergeben, daß Arbeiter, die sich an nahrhafte Kost gewöhnt haben, auch später, bei Gründung eines Haushaltes auf sorgfältig zubereitete Kost achten und daß sich dadurch der Gesundheitszustand im allgemeinen gehoben hat.“

Auch in diesem Bezirke hat man mit dem Bezuge von Seefischen keine guten Erfahrungen gemacht, teilweise wegen einer weitverbreiteten Abneigung gegen Seefische, dann auch infolge mangelhafter Erfahrung der Arbeiterfrauen in der Zubereitung von Fischspeisen. Auch aus dem Bezirke Oppeln wird berichtet von städtischem Fleisch- und Fischbezuge. Bezüglich der Fische sind auch hier die Erfolge keine glänzenden. Auch einige Industrieunternehmen haben sich in dieser Richtung bemüht. Einige Arbeitgeber haben mit Fleischermeistern das Abkommen getroffen, daß den Beamten und Arbeitern auf Grund von Ausweiskarten Fleischwaren zum 10 bis 20 Pfg. das Pfund billiger geliefert werden. Ob auch eine Garantie für gute Ware damit verbunden ist, wird nicht berichtet. Große Industrieunternehmen haben eigene Konsumvereine und große eigene Fleischereien. Aber diese Einrichtungen bestreiten für den sozial gesinnten Menschen sehr an Ansehen, wenn man folgendes liest:

„Obwohl die Preise für Lebensmittel und die Wohnkosten im oberschlesischen Industriebezirke wohl kaum erheblich niedriger sind als in anderen Industriegebieten, werden hier im allgemeinen geringere Löhne gezahlt als in manchen anderen industriellen Gegenden.“

Der Beamte hätte sagen können: „erheblich geringere Löhne gezahlt.“ Wenn unter diesen Umständen Unternehmer ihren Arbeitern sogar ein warmes Mittagessen umsonst geben, so ist das noch längst kein Beweis für ihre soziale Gesinnung.

Der Magdeburger Berichterstatter meldet auch von Maßnahmen der Unternehmer gegen die Teuerung, aber die vielen Ausstandsbewegungen haben den Arbeitgebern nicht gerade als Ansporn zum Fortschreiten auf diesem Wege gedient. Das ist gut! Wenn die Arbeiter auf Lohnerhöhung verzichten, dann wollen die Unternehmer billige Seefische kommen lassen. Ein sehr eigenartiger Standpunkt. Der Merseburger Bericht enthält einige sehr geschlagene Versuche zum Bezuge der Lebensmittel, verpricht sich aber ein besseres Resultat, wenn die Verwaltung des Lebensmittelbezugs in die Hände der Arbeiter selbst gelegt wird, die einen Vertrauensmann wählen und diesem die Wahrung ihrer Interessen übertragen. In dem Erfurter Bericht heißt es, daß drei Städte Seefische und ausländisches Fleisch bezogen haben und es zu amtlich festgesetzten Preisen zum Teil durch Vermittlung der Fleischerinnung von den Metzgeren verlaufen ließen. Von ähnlichen Maßnahmen wird noch aus Bielefeld, Hannover, Hildesheim, Stade, Düsseldorf, Köln, Aachen, in letzten drei Bezirken mit sehr gutem Erfolge, berichtet. Die Steigerung der Fleischpreise sei durch das Eingreifen der Stadtverwaltungen „in angemessenen Grenzen geblieben.“ Von Maßnahmen der Verwaltungsstellen, die teils von Erfolg gekrönt waren, zum Teil mißlingen, wissen auch die Gewerbegerichtsbeamten dieser Bezirke zu berichten.

Überblickt man die gegen die Teuerung ergriffenen Maßnahmen, so ist der Gesamteindruck kein besonders günstiger. Sie haben sich in kleinteiliger, unzulänglicher Mittel erschöpft, zum Teil sind nach einigen mißlungenen Versuchen die Bemühungen wieder eingestellt worden. Wenn

man von Berlin, Köln, Posen und einigen anderen Orten absteht, wird von größeren, wirklich durchgreifenden Maßnahmen so gut wie gar nichts berichtet. Vor allem vermessen wir in den Berichten jegliche Angaben darüber, ob einige Städte auch Mittel und Wege zur dauernden Begegnung der Preissteigerung gesucht und gefunden haben. Aber vielleicht wird das in dem nächsthinigen Berichte nachgeholt, da die Teuerungsmassnahmen mit Abschluß des Berichtsjahres noch nicht abgeschlossen waren. Aber allzuviel Vertrauen haben wir zu unseren Stadtverwaltungen nicht. Das Schwerkgewicht hat man auf den Bezug von Seefischen gelegt, und damit, trotzdem vielerorts Kochrezepte verteilt und umentgeltliche Kochkurse eingerichtet wurden, im allgemeinen keine guten Erfahrungen gemacht. Das hat zum Teil an den Arbeitern, bezw. ihren Frauen, selbst gelegen, zum Teil in der schlechten Organisation der Unternehmungen. Aber zum Teil beruht der Mißerfolg auch auf einer vollkommenen Verleugnung der Lebensweise der Arbeiterbevölkerung. Der Arbeiter kann nicht 4—5 Tage in der Woche Fisch essen. Bei dem schnellen Verbrauch seiner Kräfte kann er damit seinen Körper nicht genügend frisch und arbeitsfähig erhalten. Er hat, um leistungsfähig zu bleiben, unbedingt eine Fleischnahrung mit guten Gemüsen an mehreren Tagen der Woche notwendig. Auch ist die ganze Ernährungsweise in Preußen nicht danach angetan, um die Arbeiter mit einem Mal zu einem reichlicheren Fischgenusse zu bewegen. Auch hätte man die Arbeiterorganisationen mehr mitheranziehen können bei der Aufklärung der Arbeiterfrauen über den Nährwert und die Zubereitung der Fische. Von der Selbsthilfe scheinen die Arbeiter nur wenig Gebrauch gemacht zu haben. Erfolgreicherweise haben gerade in den Bezirken unseres Verbandes, wie im Regierungsbezirk Münster, die Arbeiter mehr zum Mittel der Selbsthilfe gegriffen und selbst die Viehschlachtung und den Fleischverkauf in die Hand genommen. Der Beamte aus dem Bezirke Münster ist auch der einzige, der von solchen Maßnahmen zu berichten weiß. Dagegen haben mehrere Bezirke die große Bedeutung der Konsumvereine für die Bekämpfung einer stetigen Steigerung der Lebensmittelpreise hervor.

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erstiebt auch aus diesen Berichten wieder die Notwendigkeit einer intensiven Agitation zur Stärkung seines Berufsverbandes, damit er die Lohnkurve aufwärts treiben kann. Das ist ein unentbehrliches Mittel im Kampfe gegen die Teuerung.

Zweck und Wesen unseres christlichen Textilarbeiterverbandes.

Wir erhalten aus Cottbus folgende Zuschrift eines Kollegen:

Was will und erstrebt der christliche Textilarbeiterverband?

- 1. Die christlich und national gesinnten Textilarbeiter sammeln und organisieren. Ihnen klar machen, daß es besser ist, innerhalb des Berufsverbandes tatkräftig mitzuarbeiten, als über schlechte Zeiten zu klagen. Mit Hilfe der Berufsorganisation und der tatkräftigen Mitwirkung aller Mitglieder will der Verband die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und einen gerechten Anteil der Arbeiter an dem Ertrage der Produktion erzielen.
2. Er will die Gleichberechtigung des Arbeiters im Arbeitsverhältnis. Darum erstrebt er die Ausgestaltung des Arbeitsvertrages in der Weise, daß dem Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse sein Mitbestimmungsrecht eingeräumt und damit der Arbeiter vom Arbeitgeber als gleichberechtigte Vertragspartei anerkannt und behandelt wird. Darum erstrebt der Verband Arbeiterausschüsse und Tarifverträge, die von beiderseitigen Berufsorganisationen eingegangen und gestützt werden.
3. Der christliche Textilarbeiterverband will die soziale, volkswirtschaftliche und berufliche Weiterbildung seiner Mitglieder. Er will den Stand der Textilarbeiter zur Selbständigkeit, zur Pflichterfüllung und Standesolidarität erziehen.
4. Der christliche Textilarbeiterverband vertritt und übt auch praktisch den Grundsatz der Gewerksolidarität. Er will im Textilarbeiter das Verständnis dafür wecken, daß seine Interessen mit dem Wohl und dem Wege der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft eng verbunden sind.
5. Er will dazu beitragen, daß durch Hebung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Arbeiterstandes die heimische Industrie dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleibt, damit dem Arbeiter vermehrte Arbeitsgelegenheit geboten wird.
6. Er unterstützt eine vernünftige Gewerbe- und Industriepolitik; bekennt sich zu einem Zollschutz für alle schutzbedürftigen Glieder unserer Industrie und Landwirtschaft, soweit er volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist. Es soll hierbei besonders betont werden, daß bei der Neugestaltung unserer zoll- und handelspolitischen Verhältnisse auf die besonders schwierige Lage der Textilindustrie und ihrer Arbeiter Rücksicht genommen werden muß. Darum hat unser christlicher Textilarbeiterverband ein besonderes Interesse daran, sich in den Fragen der Handelspolitik, der Gestaltung des künftigen Zolltarifs, der Frachtverhältnisse, Zölle des Auslandes usw. gründlich anzusehen.
7. Der christliche Textilarbeiterverband arbeitet an der Ablenkung des Textilarbeiters vom Massenstreik und Klassenhaß, an seiner Befreiung von der sozialdemokratischen Phrase. Ihm schwebt als Ideal vor das einträchtige Zusammenarbeiten aller Volksschichten im Interesse des Vaterlandes. Er erzieht und befähigt den Textilarbeiter zur Aufbringung der im

Interesse der Gesamtheit nötigen Opfer. Aber der christliche Textilarbeiterverband will den Textilarbeiter nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln lassen und für ihn einen gerechten Anteil an den auch durch seine Mitarbeit erzielten Kulturverrichtungen haben.

8. Der christliche Textilarbeiterverband will mit den anderen Ständen gemeinsam für des Vaterlandes Größe und Wohlfahrt arbeiten. Er ist ein Freund der Industrie, achtet und schätzt die Leiter derselben und betrachtet sich als deren Mitarbeiter. Er ist ein Freund des Mittelstandes und der Landwirtschaft, weil er deren Bedeutung für Woll und Waterland anerkennt. Aber er verlangt für die Arbeiter die gleiche Achtung und Anerkennung. Er ist kein Feind unserer heutigen Wirtschaftsordnung, aber er bekämpft entschieden deren Mißstände und Auswüchse.

9. Der christliche Textilarbeiterverband erstrebt eine organische Weiterentwicklung unserer staatlichen Arbeitergesetzgebung. Er erstrebt einen durchgreifenden Arbeiterschutz, speziell für die Jugendlichen und Arbeiterinnen, namentlich für die verheirateten Frauen. Sein Ideal ist die vollständige Beseitigung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Er arbeitet tatkräftig mit an dem Ausbau unserer staatlichen Arbeiterversicherung, namentlich will er eine staatliche Arbeitslosenfürsorge. Ferner eine Verbesserung des Arbeitsrechts, des Wohnungswesens, des Heimarbeitereschutzes. Nicht zuletzt verlangt er vom Staate eine bessere Berücksichtigung der Konsumenteninteressen, damit nicht durch eine andauernde Verteuerung der Lebensmittel die Lebenshaltung breiter Volksschichten eine Verschlechterung erfährt und der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit in Frage gestellt wird.

10. Der Name christlich-national soll nicht besagen, daß der christliche Textilarbeiterverband sich auf dem Gebiete der Religion und Parteipolitik betätigt. Er ist konfessionell und parteipolitisch neutral; er will sich aber gerne von dem Geiste und den Grundgedanken des Christentums leiten lassen. Er erfüllt auch gerne die ihm von der Nation auferlegten Pflichten. Der christliche Textilarbeiterverband ist eine volkswirtschaftliche und staatliche Notwendigkeit.

Der christliche Textilarbeiterverband hat ein gut ausgebautes Unterstützungswesens. Er gewährt Streit-, Gemahregelten-, Kranken-, Wächnerinnen-, Reise- und Umzugs-Unterstützung und ferner noch ein Unfall- und Sterbegeld. Die „Textilarbeiterzeitung“, ein ausgezeichnetes Bildungsmittel, bekommen alle Mitglieder gratis. Der christliche Textilarbeiterverband zahlte im Jahre 1912 612000 M. an Unterstützungen aller Art. Durch Lohnbewegungen wurden erreicht im Jahre 1910 für 4025 Mitglieder 293316 M., im Jahre 1911 für 8062 Mitglieder 604162 M. Lohnhöhung und ferner im Jahre 1910 für 608 Mitglieder 110396 Stunden, im Jahre 1911 für 336 Mitglieder 39780 Stunden Arbeitszeitverkürzung.

Aussichtslose Streiks und Aussperrungen werden grundsätzlich vermieden. Die Arbeitergewerkschaften werden im christlichen Textilarbeiterverbande gewissenhaft verwaltet. Darum deutsche Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die ihr es gut meint mit euren Interessen, mit eurer Familie, eurem Stande und eurem Vaterlande: schließt euch diesem Verbands an.

Cottbus. P. Schr.

Der Absatz deutscher Textilwaren in unseren Kolonien.

Der wirtschaftliche Aufschwung unserer Kolonien zeigt sich am besten an ihren Handelsziffern, die von Jahr zu Jahr steigen. Als Rohstoffquellen für die heimische Industrie und als Absatzmärkte für die im Mutterlande hergestellten gewerblichen Erzeugnisse gewinnen unsere Kolonien allmählich an Bedeutung. Die Gesamteinfuhr unserer überseeischen Besitzungen — ausgenommen Kleinfahrt — liegt ihrem Werte nach von 42 Mill. M. im Jahre 1900 auf 72 Mill. M. im Jahre 1905 und 142,2 Mill. M. im Jahre 1911. Das ist eine Steigerung in einem Zeitraum von 10 Jahren um das Dreieinhalbfache. Leider hat unser deutsches Textilgewerbe an diesen Zahlen keinen entsprechenden Anteil. Die Hauptlieferanten an Textilergzeugnissen für unsere deutschen Kolonien sind fremde Staaten, ein Zustand, der auch im Interesse der deutschen Textilarbeiterschaft zu bedauern ist. An der Gesamtsumme im Jahre 1911 von 142,2 Mill. M. ist die Textilindustrie mit 30,6 Mill. M. beteiligt. Diese Summe verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Kolonien:

Deutsch-Ostafrika . . .	12,7	Mill. M.
Kamerun	9,7	" "
Togo	2,3	" "
Deutsch-Südwest . . .	4,3	" "
Neu-Guinea und Südsee	1,7	" "

In Deutsch-Ostafrika und Kamerun stehen die Textilwaren seit Jahren an allererster Stelle und bei weitem an der Spitze der Einfuhr, sie sind und bleiben dort der Haupthandelsartikel, weil sie der Hauptbedarfsartikel der Eingebornen sind. In Kamerun übertrifft der Wert der Einfuhr von Textilwaren die nächsthöchste Wertziffer der eingeführten Waren um mehr als das Doppelte, in Deutsch-Ostafrika um das Dreifache. In welchem Maße ist nun an der Beförderung von Textilwaren für diese beiden Kolonien Deutschland beteiligt?

Textilwareneinfuhr überh. Davon aus Deutschland in Millionen Mark			
	1910	1911	1910 1911
Deutsch-Ostafrika	10,3	12,7	1,9 3,1
Kamerun	5,8	9,7	3,4 5,4

Schon in diesen Zahlen erscheinen die aus Deutschland eingeführten Waren sehr gering, aber es wäre ein Trugschluss, wenn man annehmen wollte, als ob nun für so viel Geld deutsche Textilwaren gekauft worden seien. In diesen Zahlen erscheint Deutschland als Herkunftsland nicht aber als Ursprungsland.

„Steht Deutschland auch als Herkunftsland an erster Stelle“, heißt es in dem Bericht des Kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun aus dem Jahre 1910, „so ist doch anzunehmen, daß ein großer Teil der in deutschen Häfen verschifften Gewebe englischen Ursprungs ist. Das englische Fabrikat, vor allem die Bluebasta, sind leichter und billiger als die bessere, schwere, deutsche Ware und findet wegen seiner Billigkeit unter den Eingeborenen leichter Käufer.“ Noch deutlicher spricht sich der Bericht des Kaiserlichen Gouverneurs in Darassalam vom gleichen Jahre aus; dort heißt es: „Der Import aus Deutschland hat nach dem Gewicht um 39 v. H., nach dem Werte um 35 v. H. zugenommen. Der Wert der Gesamteinfuhr aus Deutschland beträgt im Berichtsjahre 1,9 Mill. M. Es handelt sich jedoch dabei in der Hauptsache um Fabrikate englischen und holländischen Ursprungs. Es ist der deutschen Textilindustrie bis heute noch nicht gelungen, sich an der ostafrikanischen Einfuhr baumwollener Fabrikate in größerem Umfange zu beteiligen.“

In der Hauptsache ist es das industriell hochentwickelte England, welches die deutschen Waren in unseren eigenen Kolonien ausschaltet. Daneben machen uns Indien, Holland, Belgien, die Schweiz, neuerdings sogar Italien und schließlich das textilindustriell sicherlich nicht sehr hoch entwickelte Spanien den Absatz von Textilwaren in den deutschen Kolonien streitig.

Das, was auch die deutschen Kolonien für das Mutterland sein sollen, Absatzgebiete für die heimische Industrie, sind sie für die Textilindustrie nicht; der wirtschaftliche Aufschwung unserer Kolonien, ihre steigende Kaufkraft, kommt der Textilindustrie des Mutterlandes nur in geringem Maße zugute. Das ist ein durchaus ungesunder Zustand, den die Kolonien anderer Länder nicht aufweisen. England und Frankreich genießen in ihren Kolonien Vorzugszölle, um gegenüber fremden Industrien konkurrenzfähiger zu sein. In den Kreisen der Textilindustriellen ist es wiederholt als sehr bedauerlich bezeichnet worden, daß die deutsche Textilindustrie keine Vorzugsstellung in den Kolonien genieße. Bei den großen Opfern, die Deutschland ständig für seine Kolonien bringe, sei es nicht mehr als recht und billig, daß Deutschlands Handel und Industrie, die an diesen Opfern hervorragend beteiligt sind, auch alle nur erreichbaren Vorteile aus seinen Kolonien habe.

Dagegen nimmt in den Leipziger Monatschriften ein Chr. Pfraun eine andere Stellung ein. Er sagt, daß es für die deutsche Industrie das Mittel der Prohibitiv- und Hochschutzzölle Frankreichs nicht gebe. „Für Prohibitivzölle ist der deutsche Kolonialbesitz zu klein, um ihn gegen unsere Weltinteressen, wie dies den Franzosen wohl möglich ist, auszuspielen zu können. Die deutsche Textilindustrie muß aus eigenem dahinkommen, wo andere auf Krücken hingelangen. Durch ernstes Streben und Wollen, durch eigene Kraft und Intelligenz muß sie sich die Kolonien ebenso gut erobern können, wie sie sich ohne künstliche Hilfe ihre Stellung auf dem Weltmarkt erobert hat und trotz aller Anfeindungen, gegenüber allen Konkurrenzen und selbst gegen protektionistische Zollgesetze, zu halten weiß. Wir würden uns ein trauriges Zeugnis ausstellen, wenn uns in unseren eigenen Kolonien das nicht gelänge, was uns auf dem großen Weltmarkt unter den schwierigsten Verhältnissen möglich gewesen ist.“

Pfraun verlangt vor allem, daß sich die deutsche Textilindustrie dem Geschmack, den Bedürfnissen und der Kaufkraft der Kolonialbevölkerung mehr anpasse. Deutschland verleihe sich zu sehr darauf, eine vielzugute, schwere und teure Ware, gegenüber Englands billigen und leichten Fabrikaten, die gerade ihrer Billigkeit wegen unter den Eingebornen leicht Käufer finden, zu liefern.

Es müsse mehr Studium an Ort und Stelle getrieben werden. Hierfür schlägt Pf. die Schaffung einer Zentralstelle für den Textilhandel mit den deutschen Kolonien, eines kolonialen Handelsverbandes deutscher Textilindustrieller vor. Dieser Handelsverband müßte mit tüchtigen kolonialen Sachverständigen ausgerüstet sein, die jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen könnten.

Wir können auch im Interesse der Arbeiter allen Bemühungen auf diesem Gebiete nur guten Erfolg wünschen.

Allgemeine Rundschau.

Zweckmäßigkeit. Von der bei der Gewerkschaftsarbeit erforderlichen Planmäßigkeit ist an dieser Stelle schon oft die Rede gewesen. Wir weisen dabei hin auf die unbedingte Notwendigkeit, alles, was seitens unserer Kollegen in der Agitations- und Organisationsarbeit unternommen wird, nach einem bestimmten, von vornherein festgelegten Plane zu unternehmen. Auf diese Weise nämlich spart man nicht nur an Zeit und Kraft, sondern man sichert sich Erfolge. Dabei liegt die ganze Gewerkschaftstätigkeit in ihrer Eigenart so, daß sie schon aus sich selbst heraus eine gewisse Planmäßigkeit mit sich bringt. Sie appelliert immer wieder an den Verstand, und alles, was sich in erster Linie an den Verstand richtet, will vernünftig auseinandergelegt, d. h. also überlegt und nach bestimmter Methode vorgebracht sein. Damit aber hat man schon das wesentlichste Erfordernis der Planmäßigkeit vor sich.

Indes nicht bloß planmäßig sollen wir bei unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit verfahren, sondern auch zweckmäßig. Man kann diese Forderung leicht

verständlich dahin umschreiben, daß man sagt, es sei alles gemäß dem Zweck einzurichten, den man verfolgt und zwar so, wie es sich in natürlicher Weise aus diesem Zwecke und aus den Verhältnissen, unter denen er zu erfüllen ist, ergibt. Den Zweck der gewerkschaftlichen Tätigkeit, das Ziel gewerkschaftlichen Strebens brauchen wir wohl nicht noch eigens auseinanderzusetzen. Darauf aber ist unser Tun einzustellen. Immerhin erhält man auf diese Weise doch nur eine recht allgemein gehaltene Verhaltensmaßregel. Daher kommt es außerdem, wie gesagt, darauf an, zu prüfen, wie die jeweils gegebenen Verhältnisse den uns immer und überall vorstehenden letzten Zweck unter den besonderen Umständen des gegebenen Augenblicks am besten erreichen lassen. Die Antwort auf diese Frage sagt uns, wie wir unser Verhalten zweckmäßig einrichten können.

Das zweckmäßige Handeln hat manche leicht ersichtlichen Vorzüge. Es ist die gerade Linie, d. h. der kürzeste Weg zum Ziele. Insbesondere bei der Agitation verhilft es uns dazu, unsere Kräfte am geeigneten Orte und in der geeigneten Weise zu verwenden. Neuerdings ist viel geredet und geschrieben worden, von dem sogenannten Taylor-System d. h. der wissenschaftlichen Betriebsführung. Der Amerikaner Taylor, nach dem die Sache benannt ist, hat ganz genaue Berechnungen darüber angestellt, wie jeder einzelne Arbeiter in bestimmten Industrien am zweckmäßigsten jede einzelne Handreichung und Bewegung — also nicht eine ganze Arbeit — vornehmen könne, um den größtmöglichen Effekt mit seiner Arbeit, die danach nur mehr ein Aneinanderreihen solcher einzelnen Handreichungen ist, zu erzielen. Wir haben hier nicht das betr. System zu beurteilen; worauf es uns ankommt, ist an einem Vergleich zu zeigen, was wir unter der Forderung zweckmäßigen Arbeitens innerhalb der Gewerkschaftstätigkeit verstehen. Natürlich ist diese Tätigkeit nicht etwas so Mechanisches, daß man jede Einzelheit bis ins Kleinste ausstellen und dementsprechend die Rollen verteilen könnte. Im Gegenteil, wir spornen ja immer wieder zu frischen Initiativen an. Aber zuguterletzt kommt es doch auch hier auf die beste Verwendung der einzelnen Kräfte sehr an. Jeder muß auch in der Gewerkschaftsarbeit seine bestimmte Rolle haben, so daß das Ganze nach einem bestimmten Plane verlaufen kann und dann auch die Erfolge sichert. Das ist die Zweckmäßigkeit, nach der wir streben sollten. Sie wird uns unsere Tätigkeit sehr erleichtern und sie fruchtbar gestalten.

Entschädigungen für Schöffen und Geschworene.

Erfreulicherweise ist die Verordnung über die Vergütung der Reisekosten und Gewährung von Tagegeldern für Schöffen und Geschworene am 2. August d. J. in Kraft getreten. Der Bundesrat hat die nachstehende Verordnung erlassen:

§ 1.

Schöffen und Geschworene erhalten für jeden Tag der Dienstleistung ein Tagegeld von fünf Mark. Als Tag der Dienstleistung gilt jeder Tag, an dem der Schöffe oder Geschworene mit Rücksicht auf sein Amt am Sitzungsort anwesend sein muß.

Schöffen und Geschworene erhalten außerdem für jedes durch die Dienstleistung notwendig gewordene Nachtquartier eine Zulage von drei Mark.

§ 2.

Schöffen und Geschworene, die außerhalb ihres Wohnortes einen Weg von mehr als zwei Kilometer zurückzulegen haben, erhalten als Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hinwegs und des Rückwegs: 1. bei Wegen, die auf Straßenbahnen, Kleinbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können, sechs Pfennig, 2. bei Wegen, die nicht in dieser Art zurückgelegt werden können, zwanzig Pfennig.

Soweit ausnahmsweise aus besonderen Gründen die Benutzung von Beförderungsmitteln, die höhere Auslagen erfordern, notwendig ist, sind die erforderlichen höheren Auslagen zu ersehen.

§ 3.

Die Reiseunterstützung wird auch für die Reisen gewährt, die der Schöffe oder Geschworene während der Tagung nach seinem Wohnort und zurück macht. Sie darf die Höhe der Bezüge jedoch nicht übersteigen, die der Schöffe oder Geschworene erhalten haben würde, wenn er am Sitzungsorte hätte anwesend sein müssen.

Für die Arbeiterchaft ist es von größter Bedeutung, daß endlich es auch ihr ermöglicht wird, mehr als bisher Schöffen und Geschworene aus dem Arbeiterkreise für die deutsche Justiz zu stellen. Es muß nunmehr das Bestreben unserer Partei- und Zahlstellenverbände dahin gehen, rechtzeitig die Listen von geeigneten Kollegen als Schöffen und Geschworene den zuständigen Behörden einzureichen. Die christlich-nationale Arbeiterchaft wird sich mehr als bisher auf dem so hochwichtigen Gebiete der Rechtsprechung unseres Volkes betätigen.

Die heimatischen Arbeiterkurse. Die christliche Arbeiterbewegung hat das größte Interesse daran, daß eine Verbindungsbrücke zwischen der Bildungsschicht und der Arbeiterchaft möglichst bald hergestellt werde. Die sozialistische Bewegung hätte in Deutschland gar nicht den Umfang gewinnen und den heutigen Charakter annehmen können, wenn nicht unter den gebildeten Volksschichten der Kampfsgeist so stark ausgeprägt gewesen wäre und wenn nicht zwischen Bildungsschicht und Arbeiterchaft gleichsam eine Mauer bestanden hätte.

In neuerer Zeit sind die Studenten daran, die Verbindungsbrücke zwischen Gebildeten und Arbeiterchaft herzustellen. Ein wirksames Mittel dafür sind die heimatischen Arbeiterkurse.

Sie haben den ganz besonderen Zw., Arbeiter und Heranwachsende Bildungsschicht in ihrem Denken und Fühlen einander näher zu bringen. Außer dem sich daraus allgemein ergebenden hohen moralischen Nutzen erwächst für die Arbeiter ein nicht zu unterschätzender praktischer Nutzen. In den heimatischen Arbeiterkursen stellt sich der sozial vorwärtsstrebende Student während seiner Ferien den Arbeitern zur Verfügung, um bei ihnen das in der Volksschule Gelernte wieder aufzufrischen und zu ergänzen. Demgemäß erteilen die Studenten in den Kursen Unterricht im Rechnen, Lesen, im Deutschen, in der Erklärung von Fremdwörtern, Heimatkunde, Geographie u. Die Kurse können für den Herbst dieses Jahres am 25. August beginnen und sollen in der Regel fünf Wochen dauern. In der Regel findet jede Woche an einem Abend (und zwar stets an demselben Wochentag) ein Kursus für ein bestimmtes Lehrfach statt (Rechnen, Lesen u.). Es können aber auch an einem Orte Kurse für mehrere Fächer veranstaltet werden, sofern sich die erforderliche Teilnehmerzahl (20-30) meldet und sich verpflichtet, während der Kursdauer (fünf Wochen) sich regelmäßig zu den Kursstunden einzufinden.

Die Lehrmethode ist folgende: Der Kursleiter hält stets 1/2 Stunde Vortrag. Im Anschluß daran wird das Gehörte von studentischen Übungsleitern mit Gruppen von 5-10 Arbeitern durchgeübt. Die Veranstaltung dauert gewöhnlich am Abend 1 1/2 bis 2 Stunden.

Die Idee der Kurse datiert erst von 1908. Inzwischen schon gelegentlich der vorjährigen Herbstkurse an 147 Orten 4 1/2 Tausend Arbeiter in den Kursen vereinigt und unterrichtet werden. Unsere Bewegung hat an der Ausbreitung der Idee ein sehr großes Interesse und muß daher erwarten werden, daß die christlichen Arbeiter der Sache das erforderliche Interesse entgegenbringen. Die Kurse sind ein vorzügliches Mittel, um der gesellschaftlichen Isolierung der Arbeiter entgegenzuarbeiten. Sie unterstützen die Bildungsbestrebungen der Arbeiter in denkbar günstigstem Sinne. Sie heben das geistige Niveau der Arbeiterschaft, was auf die Entwicklung der, vor immer komplizierter werdenden Verhältnissen stehenden christlichen Arbeiterbewegung von bestem Einfluß ist.

Die Funktionäre und die Partell- und Bezirksvorstände der christlichen Gewerkschaften werden gebeten, ihre Vertrauensleute über die vorstehende Angelegenheit baldigst zu orientieren, damit diese die einzelnen Mitglieder befragen, ob in dem dortigen Ort in den kommenden Wochen ebenfalls ein heimatischer Arbeiterkurs stattfinden soll, wer sich daran beteiligen will und über welches Fach insbesondere Unterricht erteilt werden soll.

Ueber weitere Einzelheiten gibt Herr Dr. Sonnenstein-W.-Glöckner, Kurzestr. 10, gerne Auskunft. Die Listen der studentischen Ferienvereinigungen sind ebenfalls von genanntem Herrn zu beziehen.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter veröffentlicht in der neuesten Nummer des „Bergknappen“ einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

„In den letzten Jahren haben sich die Bergarbeiterorganisationen nicht in befriedigender Weise entwickelt und nicht so gewirkt, wie es wünschenswert wäre. . . . Anstatt gewaltige Fortschritte in der Mitgliedererwerbung,

ist ein Stillstand zu verzeichnen. Auch das Vermögen der Verbände ist nicht in genügendem Maße gestiegen. Beim alten Verbande und der polnischen Berufsvereinigung ist es sogar geringer als vor Jahren. Vom Arbeiterstandpunkte aus ist die ungünstige Entwicklung der Organisationsverhältnisse im Bergbau außerordentlich bedauerlich. Mehr noch als die Arbeiter anderer Berufe sind die Bergleute auf starke Organisationen angewiesen. Sie stehen kapitalkräftigen, gutorganisierten und außerordentlich einflussreichen Unternehmungen gegenüber. . . . Stets stoßen die berechtigten Wünsche und Forderungen der Bergleute auf Widerspruch. Eine günstigere Entwicklung der Arbeiterorganisationen ist deshalb unbedingt notwendig. Die Hindernisse für eine solche sind allen bekannt, die mit offenen Augen die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung verfolgen. Das größte Hindernis für eine befriedigende Vorwärtsentwicklung ist der oft gehässige Streit zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen. Wir wollen im Interesse der notwendigen Einigkeit hier nicht untersuchen, wer daran die Schuld trägt.

Wer die Organe der Verbände im Bergbau studiert, wer die herausgegebenen Flugblätter liest, wer die Reden in vielen Versammlungen hört, der kann zu der Ansicht kommen, verschiedene Verbände der Bergleute hätten nur oder in erster Linie den Zweck, sich gegenseitig zu bekämpfen. Die Entwicklung in der Bergarbeiterbewegung darf so nicht weitergehen. Das Interesse aller Arbeiter verlangt eine Aenderung. In der kommenden Zeit ist mehr als je eine gemeinsame Arbeit aller Bergleute in wirtschaftlichen Fragen notwendig. Wir haben in absehbarer Zeit wieder eine wirtschaftliche Krise zu erwarten. Dann wird man wieder versuchen, die Folgen auf die Arbeiterschaft abzumägen, die Löhne herabzusetzen usw. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hält es für seine Pflicht, alle deutschen Bergleute zu einer Gewissensforschung und zu einem dem Arbeiterinteresse entsprechenden Handeln aufzurufen.“

Der Stillstand in der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Was die Berichte einzelner Wahlkreis- und Bezirksorganisationen bereits ergeben, nämlich, daß der Parteikarren ins Stocken geraten ist, wird nunmehr durch den offiziellen Bericht des Parteivorstandes an den demnächstigen Parteitag als allgemeines Merkmal des Organisationszustandes bestätigt. Die sozialdemokratische Parteiorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis zum 30. März 1913 neu 12748 Mitglieder gewonnen; sie stieg von 970112 auf 982850, das ist um 1,3 Prozent. Dabei ist zu bemerken, daß sich unter dem Zuwachs allein 10744 weibliche Mitglieder befinden. Die gewaltige Massenorganisation, mit ihrem Riesensystem von Sekretären und Vertrauenspersonen aller Art, vermochte somit nur 2000 männliche Mitglieder zu gewinnen. Man hatte ganz bestimmt gehofft, wenigstens die eine Million zu erreichen, statt dessen trat sozusagen Stillstand ein. Mehr noch als das: In 164 Wahlkreisorganisationen hat die Mitgliederzahl absolut abgenommen. Seit Bestehen der sozialdemokratischen Parteiorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

Jahr	Mitgliederzahl	Steigerung	Jahr	Mitgliederzahl	Steigerung
1906	884327	—	1910	720038	13,6 Prozent
1907	530466	38,0 Prozent	1911	836562	16,1 „
1908	587836	10,7 „	1912	970112	15,9 „
1909	633309	7,8 „	1913	982850	1,3 „

„Danach“ sagt der offizielle Bericht, „haben wir im letzten Geschäftsjahre, das sich allerdings nur auf neun Monate erstreckt, eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen wie nie zuvor, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an Stagnation grenzt. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich fast gar nicht erhöht. Zweifelloos hat ja die Organisation in der innern Festigung und der Durchbildung ihrer Mitglieder in der verflochtenen Berichtsperiode erhebliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl dürfen wir uns dabei nicht beruhigen, sondern müssen alles daran setzen, auch die numerische Entwicklung der Parteiorganisation wieder auf das altgewohnte Tempo zu bringen.“ Auch die Abonnentenzahl der Parteipresse ist gefallen, und zwar um 12830 (von 1478042 auf 1465212). An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu verzeichnen haben. Einen schönen Zuwachs hatte das sozialdemokratische Frauenorgan „Die Gleichheit“. Ihr Abonnentenstand betrug am 31. März 1913: 112000.

Welche Ursachen diesem Stillstand zugrunde liegen, ist noch nicht aufgeklärt. Eine ganze Reihe von Umständen haben zusammengewirkt. An Agitation hat es die Partei in der Zeit nicht fehlen lassen. Die Lebensmittelerhöhung wurde weiblich ausgenutzt, gegen Rüstungswahn und Napoleonkultur haben sie gewütet, eine ganze Reihe Flugblätter haben millionenweise das Licht der Welt erblickt. Und trotz alledem: Stillstand. Es ist arg für die Partei, daß ihr das im Jahre des 50. Parteijubiläums passieren muß!

Die „wertvolle Stütze“ der Unternehmer. Der Unternehmerverband der Papier- und Zellstofffabrikanten hat seinen Mitgliedern vertrauliche Ratschläge für ihr Verhalten gegenüber den Arbeitern zugehen lassen. Darin befindet sich auch folgende bezeichnende Anweisung:

„Versuche in Deiner Fabrik einen Vaterländischen Werkverein zu gründen, oder Deine Arbeiter wenigstens teilweise einem nationalen Arbeiterverein anzuschließen. Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und wollen Dir in Streitfällen eine wertvolle Stütze sein.“

Hier ist es von Unternehmerseite wieder einmal offen ausgesprochen, wer die Werkvereine gründet und welche Interessen diese Vereine zu vertreten haben. Man kann in diesem Zusammenhang die Tatsache in die Erinnerung zurückrufen, daß die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in einer Ausschussung ihren Geschäftsführer damit beauftragte, ein Musterstatut für gelbe Werkvereine auszuarbeiten. Der beste Beweis, daß diese Vereine nur Werkzeuge und Schutztruppen des Unternehmertums sind.

Das Los der alten Lohnarbeiter. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Beleuchtung des Berufs-schicksals des älteren Lohnarbeiters (s. Notiz: „Das Los der alten Lohnarbeiter“ T.-Z. Nr. 30) finden wir in einem Brief einer Erbselber Firma, den der „Deutsche Metallarbeiter“ veröffentlicht. Der Fall ist der folgende: Bei der Maschinenfabrik und Eisengießerei Carl Menzel Söhne war ein Arbeiter 33 Jahre beschäftigt und inzwischen 65 Jahre als geworden. Nach der langen und schweren Arbeit ist der Mann nicht mehr so kräftig wie ein jüngerer, und durch die anstrengende

Zwangsvorrichtungen in der Jacquardweberei.

Das Wort „Zwangsvorrichtung“ ist eins von den Wörtern in der Weberei, unter welchem sich selbst der größte Teil der Webfachleute nichts vorstellen kann, dieselben in der Woll- und Baumwollweberei garnicht zur Anwendung kommen; und in den für dieselben früher ausschließlich reservierten Domänen, in der Seiden- und Leinenweberei allmählich auch außer Kurs kommen. Das war vor einigen Jahrhunderten ganz anders! In der Glanzperiode der Weberei, in der Zeit der Renaissance waren diese Zwangsvorrichtungen in Italien und Frankreich ganz geläufig, und die in Rußland und überlieferter Reihe damaliger Webekunst lassen fast alle diese Webweise erkennen. Allerdings mag hierzu bemerkt werden, daß der größte Teil dieser Gewebeweise der Seidenindustrie angehört und daß diese technisch hervorragenden Erzeugnisse der Weberei ohne Jacquardmaschine gewebt wurden, aus dem einfachen Grunde, weil es damals noch gar keine Jacquardmaschine gab. Die Zwangsvorrichtungen haben auch, wie wir sehen werden, mit der Jacquardmaschine selbst garnichts zu tun, da diese bekanntlich nur das zur Zeit im Gebrauch befindliche Organ zur Bewegung resp. Führung der Harnischfäden ist. Für das Gewebe selbst ist es aber ganz belanglos, ob die Harnischfäden mittels Platinen und Messerkorb der Jacquardmaschine gehoben werden oder mit anderen Mitteln. Der Harnisch als solcher ist aber schon gut tausend Jahre bekannt. Es ist also weiter nicht so sehr sonderbar, daß unsere vor-zwanzig Jahrhunderten lebenden Vorfahren schon Vorrichtungen gekannt haben, welche uns heute kaum noch geläufig sind.

Was versteht man nun eigentlich unter einer Zwangsvorrichtung? Das Wort läßt sich für Fachleute, welche solche Vorrichtungen kennen, noch leidlich durch wörtliche Erklärungen klären, für andere Fachleute ist aber der Begriff „Zwang“ in einer Harnischvorrichtung nicht leicht verständlich zu machen; denn wie man einzelne Teile einer Vorrichtung „zwingen“ oder „zwängen“ könnte, ist ohne weiteres nicht einzusehen. Trotzdem ist, wenn man den durch den „Zwang“ ausgeübten Vorgang näher betrachtet, die Bezeichnung richtig gewählt, denn es wird tatsächlich auf einen Teil der Fäden ein Zwang ausgeübt, insofern, als dieselben der ihnen ursprünglich durch die Harnischfäden gegebenen Bewegung zu folgen verhindert werden, oder wenn man dem Vorgang ganz korrekt entsprechend sich ausdrücken will, aus der ihnen von den Harnischfäden gegebenen Stellung in ihre Grundstellung zurückgezwungen werden. Das klingt auch noch ziemlich wirrlich, ist aber die einzig mögliche Erklärung, welche man in so wenigen Worten für den gedachten Vorgang geben kann, ihr werden also, um ein volles Verständnis vermitteln zu können, unbedingt zu positiven Beispielen übergehen müssen, wobei aber ausdrücklich betont werden mag, daß die im folgenden skizzierten Vorrichtungen für den mechanischen Stuhl ihrer Kompliziertheit und Empfindlichkeit wegen kaum zu empfehlen sind und infolge dessen auch dort immer mehr durch die Feinstichmaschinen verdrängt werden. Dies geschieht jedoch auf Kosten des Aussehens der Ware. Ein mit Zwangsvorrichtung (von einem lauberen Weber am Handstuhl) überwebtes Stück Ware sieht ganz anders aus, und nicht etwa schlechter, als ein mit Feinstichmaschine (mechanisch) gewebtes, selbst wenn genau das gleiche Rektmaterial (in Dualität und Fadenzahl) und genau die gleiche Schußzahl zur Verwendung gekommen ist. Man sollte das kaum für möglich halten und wird es vielleicht an manchen Stellen für eine vorgefaßte Meinung auslegen, wenn diese Behauptung mit solcher Sicherheit aufgestellt wird; es ist aber tatsächlich so, und es mag deshalb an passenden Stellen auf die Unterschiede hingewiesen werden, welche sich naturgemäß aus der Art der Bewegung der Fäden und der dadurch unbedingt hervorgerufenen abweichenden Fadenspannung, sowie der daraus resultierenden Beeinflussung der Warenoberfläche ergibt. Ob die Erzielung solcher Unterschiede der Anstoß zur Schaffung der Zwangsvorrichtungen gewesen ist, oder ob das Bestreben maßgebend war, mit kleinen Maschinen resp. mit geringer Fopzahl vielfarbige Muster herzustellen zu können, mag dahingestellt bleiben. Für die erste Annahme wird sich kaum ein Anhaltspunkt finden lassen, denn wie hätten die Weber früherer Jahrhunderte darauf kommen sollen, solche Unterschiede zu erstreben, wo sie dieselben doch garnicht kannten oder auch nur ahnen konnten; es wird also nur die zweite Möglichkeit übrig bleiben.

Sehen wir nun zu, wie ein Harnisch mit Zwangsvorrichtung praktisch arbeitet, so müssen wir zunächst festhalten, daß alle diese Harnische zu den sogenannten mehrfädigen gehören, d. h., es sind 4-8 Fäden an derselben Platine resp. an demselben Fopf; diese würden selbst, wenn nicht noch andere Einrichtungen getroffen wären, die gleiche Bewegung oder Kreuzung ausführen. Die gewöhnlichen mehrfädigen Harnische haben bekanntlich zur Erzielung ungleichmäßiger Bindungen im Harnisch noch die Hebeschäfte (Eringles oder Schächten), welche von den nicht ausgehobenen Fadengruppen einzelne Fäden zwecks Herstellung einer Anbindung hochheben. Um eine Anbindung des Schusses auf der rechten Seite zu erzielen, d. h. an denjenigen Stellen, an denen durch Hebung aller Platinen unten Lücken entstehen würden, sodas der Schußfaden als Flotte oben auf der Ware liegen würde, hat man gewöhnlich noch eine besondere Bindeflette, welche durch Hinter- oder Vordereschäfte gehoben werden kann. Es vollzieht sich also eine Aushebung in folgender Weise, wobei zu beachten ist, daß diese schweren Seidenwaren am Handwebstuhl mit der linken Seite nach oben gearbeitet werden. Je nach der Ware sind zwei, drei oder vier Fäden glatt hintereinander im Harnisch eingezogen, dann folgt ein Bindefaden, darauf wieder mehrere Grundfäden und ein Bindefaden uß. Gehen nun eine Anzahl hintereinander folgender Platinen auf, so muß ein Schacht der Bindeflette liegen bleiben, damit der unten flottende Schuß angebunden wird. Sind also z. B. drei Bindefschäfte vorhanden, so müssen, wenn nur eine sehr lose Anbindung erzielt werden soll, zwei Schäfte ausgehen. Aus praktischen Gründen ist es jedoch manchmal erwünscht, daß auf der oberen Seite, also auf der Linkseite der Ware möglichst wenig Bindeflette oben liegt, viellecht auch nur ein Schaft. Dadurch würden aber zur Anbindung des Schusses auf der rechten (unteren) Seite, zwei Bindefschäfte liegen bleiben, was aber erst recht nicht angeht, wenn der Figurichuß recht klar zum Ausdruck kommen soll, oder wie man sich ausdrückt, einen Spiegel bilden soll. Mit einem gewöhnlichen Harnisch ist es also gänzlich ausgeschlossen, die Bindeflette derart arbeiten zu lassen, daß von drei Schäften nur einer nach oben bindet, und für die Anbindung des Figurichusses auch nur einer liegen bleibt. Bei einem Harnisch mit Zwangschäften geht das aber sehr gut. Allerdings muß

festhalten, daß alle diese Harnische zu den sogenannten mehrfädigen gehören, d. h., es sind 4-8 Fäden an derselben Platine resp. an demselben Fopf; diese würden selbst, wenn nicht noch andere Einrichtungen getroffen wären, die gleiche Bewegung oder Kreuzung ausführen. Die gewöhnlichen mehrfädigen Harnische haben bekanntlich zur Erzielung ungleichmäßiger Bindungen im Harnisch noch die Hebeschäfte (Eringles oder Schächten), welche von den nicht ausgehobenen Fadengruppen einzelne Fäden zwecks Herstellung einer Anbindung hochheben. Um eine Anbindung des Schusses auf der rechten Seite zu erzielen, d. h. an denjenigen Stellen, an denen durch Hebung aller Platinen unten Lücken entstehen würden, sodas der Schußfaden als Flotte oben auf der Ware liegen würde, hat man gewöhnlich noch eine besondere Bindeflette, welche durch Hinter- oder Vordereschäfte gehoben werden kann. Es vollzieht sich also eine Aushebung in folgender Weise, wobei zu beachten ist, daß diese schweren Seidenwaren am Handwebstuhl mit der linken Seite nach oben gearbeitet werden. Je nach der Ware sind zwei, drei oder vier Fäden glatt hintereinander im Harnisch eingezogen, dann folgt ein Bindefaden, darauf wieder mehrere Grundfäden und ein Bindefaden uß. Gehen nun eine Anzahl hintereinander folgender Platinen auf, so muß ein Schacht der Bindeflette liegen bleiben, damit der unten flottende Schuß angebunden wird. Sind also z. B. drei Bindefschäfte vorhanden, so müssen, wenn nur eine sehr lose Anbindung erzielt werden soll, zwei Schäfte ausgehen. Aus praktischen Gründen ist es jedoch manchmal erwünscht, daß auf der oberen Seite, also auf der Linkseite der Ware möglichst wenig Bindeflette oben liegt, viellecht auch nur ein Schaft. Dadurch würden aber zur Anbindung des Schusses auf der rechten (unteren) Seite, zwei Bindefschäfte liegen bleiben, was aber erst recht nicht angeht, wenn der Figurichuß recht klar zum Ausdruck kommen soll, oder wie man sich ausdrückt, einen Spiegel bilden soll. Mit einem gewöhnlichen Harnisch ist es also gänzlich ausgeschlossen, die Bindeflette derart arbeiten zu lassen, daß von drei Schäften nur einer nach oben bindet, und für die Anbindung des Figurichusses auch nur einer liegen bleibt. Bei einem Harnisch mit Zwangschäften geht das aber sehr gut. Allerdings muß

Berufsarbeit war er zum Krankeiern gezwungen. Was tat die Firma? Sie entließ den Arbeiter und teilte ihm dieses durch nachstehenden Brief mit:

Überfeld, den 3. Februar 1913.

Herrn M. N. Ihre häufiger eintretende Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit läßt darauf schließen, daß Sie die in unserm Betrieb zu verrichtenden Arbeiten nicht mehr ausführen können, weil Sie zu anstrengend für Sie sind. Wir haben bisher mit Rücksicht auf Ihre langjährige Beschäftigung bei uns versucht, die mit den häufigen Krankheiten verbundenen Unzuträglichkeiten zu überwinden. Bei den immer größer werdenden Ansprüchen, die heute an unser Geschäft gestellt werden, ist es uns leider nicht mehr möglich, Ihre Stelle längere Zeit unbelegt zu lassen. Ebenso können wir Ihnen bei dem geringen Umfang unseres Geschäftes eine leichtere Beschäftigung in unserm Betriebe nicht geben, weil wir einmal berartige geeignete Stellen nicht zu besetzen haben, zum andern aber durch Schaffung solcher unsere Unkosten in unerträglicher Weise erhöhen würden.

Wir möchten daher Gelegenheit nehmen, Sie zu bitten, sich um Erlangung einer leichteren Beschäftigung zu bemühen, die Ihnen nicht die Anforderungen Ihres bisherigen Berufes auferlegt.

Sie wollen davon überzeugt sein, daß wir unsern Entschluß reiflich erwogen haben, daß für uns jedoch trotz dieser Erwägungen eine andere Lösung nicht möglich wird.

Achtungsvoll usw.

Dreißig Jahre Dienst bei ein und derselben Firma, ein Ehrenzeichen an der Brust vielleicht und — sonst nichts mehr. Die Kraft verbraucht im Dienste des Unternehmens und — hinauskomplimentiert. Hat der Mann in sparsamer und genügsamer Lebensweise so viel erarbeitet, daß er ohne Sorgen gehen und ausruhen kann, dann ist es gut. Hat er es nicht vermocht und vernünftige Kinder, die es können, auch gut. Hat er keine von beiden, dann muß ihm die Armenverwaltung helfen — ein bitteres Ende eines arbeitsreichen Lebens. So etwas, meinen wir, dürfte in unsern Kulturstaaen nicht möglich sein.

Massenstreik und Wirtschaftskonjunktur. Das Spiel mit dem Massenstreik, das augenblicklich in der Sozialdemokratie getrieben wird, weil hier eine gewisse Resignation Platz gegriffen hat, und man nicht weiß, wie man den Parteilarren einmal wieder einen Ruck vorwärts bringen soll, hat auch insofern eine bedenkliche Seite, als die Wirtschaftskonjunktur für die Arbeiter anscheinend einen rückläufigen Kurs nimmt. Insbesondere ist es der Arbeitsmarkt, der sich zu verschlechtern beginnt. Schippel, der sich des nähern über den anhebenden Umschlag in der Wirtschaftskonjunktur in der jüngsten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ (1913, 13) verbreitet, schließt einen bezüglichen Aufsatz:

„Nach alledem werden die deutschen Arbeiter gut tun, für die nächste Zeit ihre Kräfte und ihre Mittel zusammenzuhalten und sie jedenfalls nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Was organisatorisch und finanziell festgelegte Verbände wert sind, hat die letzte Krisis, nach 1907, geradezu überaus eindrucksvoll bewiesen. Bei ruhigem, unverzagtem Durchhalten, das allerdings gleichbedeutend ist mit einem Verzicht auf alle waghalsigen, abenteuerlichen Seitenprünge, kann auch der jetzt sich vorbereitende wirtschaftliche Umschlag den kapitalistischen Kreisen peinlicher werden als der Arbeiterbewegung.“

Das ist richtig: bei einer niedergehenden Konjunktur den Massenstreik noch an die Wand malen, heißt mit den einfachsten materiellen Interessen der Arbeiter frevelhaft Fangball spielen.

Evangelische Arbeitervereine und die Gelben. Am 3. August tagte in Mülheim (Ruhr) der Delegiertentag des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine unter starker Beteiligung aus dem ganzen Verbandsgebiete. Auf der Tagesordnung stand als 2. Punkt: „Stellungnahme zur Wertvereinsbewegung“. Wie der „Evangelische Arbeiterbote“ berichtet, wurde nachstehende Resolution mit 312 gegen 15 Stimmen angenommen, 3 Vertreter enthielten sich der Stimme.

„Der Verband evangelischer Arbeitervereine für Rheinland und Westfalen hat die Wertvereine in keiner Weise angegriffen. Dagegen sind von deren Seite wiederholt die schärfsten Angriffe gegen ihn erfolgt, namentlich auf die leitenden Persönlichkeiten. Es ist sowohl im Organ „Der Wertverein“ wie in der Versammlung der Wertvereine zu Düsseldorf die Forderung auf Befestigung unserer Führer erfolgt, und die Mitglieder sind aufgefordert worden, zu diesem Zweck in die evangelischen Arbeitervereine einzutreten und in ihnen zu agitieren. Dem tritt der Verband mit aller Entschiedenheit entgegen. Er fordert von den Kreisverbänden und von den Vereinen, daß sie für die Durchführung der Grundföge des Verbandes, insbesondere des sozialen Programms des Gesamtverbandes — beschlossen am 24. Oktober in Kassel — Sorge tragen, und daß sie keine Mitglieder in den Vereinen dulden, welche jenen Weisungen folgen und gegen unsere Grundföge agitieren. Im übrigen erklärt der Verband, daß er an seiner Stellung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung festhält und für das freie Koalitionsrecht seiner Mitglieder eintritt.“

Dies Ergebnis der Mülheimer Tagung preist das „Evangelische Arbeiterblatt“ (Nr. 32) als „einen Erfolg der Wertvereinsbewegung“. Sehen wir uns diesen „Erfolg“ der Gelben nur etwas näher an! Bekanntlich nahm am 7. Mai der Verbandsausschuß der evangelischen Arbeitervereine für Rheinland und Westfalen folgende Entschöpfung mit 16 gegen 14 Stimmen an:

„Diejenigen Mitglieder wirtschaftsfriedlicher (gelber) Wertvereine, welche

a) in den Vereinen des Provinzialverbandes der evangelischen Arbeitervereine Agitation für die wirtschaftsfriedliche (gelbe) Bewegung treiben, oder

b) irgendwie gegen Beschlüsse und Kundgebungen des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine oder gegen das soziale Programm des Gesamtverbandes arbeiten,

können nicht Mitglieder eines evangelischen Arbeitervereins bleiben.“

Hierzu schreibt „Der Wertverein“:

„Diese Entschöpfung hat in zahlreichen evangelischen Arbeitervereinen Entrüstung hervorgerufen, und es zeigte sich bald, daß sie nicht durchgeführt werden konnte, ohne den Fortbestand des ganzen Verbandes in Frage zu stellen...“

Großmäuler! Warum zählt „Der Wertverein“ die „zahlreich entrüsteten“ Vereine nicht auf? Weil er es nicht kann. Den meisten Vereinen ging diese Entschöpfung noch nicht weit genug. Auch wurde sie zu verschiedentlich ausgelegt, weshalb sich der Vorstand genötigt sah, eine Form zu wählen, die auch von den „Gelben“ verstanden werden konnte. So wurde dem Delegiertentage am 3. August die oben mitgeteilte Entschöpfung zur Annahme vorgelegt.

Wenn „Der Wertverein“ schreibt: „Wir sind mit dem Erfolge vom 3. August recht zufrieden,“ so gratulieren wir zu diesem „Erfolge“ aufs herzlichste. Die evangelischen Arbeitervereine haben am 3. August der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, um es den Gelben deutlicher zu sagen, der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung aufs neue die Treue gelobt und wir schlagen kräftig ein in die dargebotene Hand. Es bleibt zwischen uns, wie es bisher gewesen.

Aber Pflicht unserer evangelischen Kollegen ist es, so weit es noch nicht geschehen, sich den evangelischen Arbeitervereinen anzuschließen und auch dort treue Mitarbeiter zu werden. Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine sind aufeinander angewiesen, müssen sich gegenseitig ergänzen.

Sozialdemokratisches Arbeitsmonopol. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften versuchen immer mehr die Tarifverträge als Zwangsmittel für ihre Agitation zu mißbrauchen. Wo sie die Macht haben, setzen sie bei den Unternehmern heim Abschluß der Verträge Bestimmungen durch, wonach nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation das Recht auf Arbeit haben. So ist es im Chemigrahen- und Kupferdruckgewerbe, im badischen Töpfergewerbe und in einer großen Anzahl von Einzelbetrieben. Auch der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband hat eine Anzahl von Tarifen abgeschlossen, die eine Bestimmung enthalten, daß der vertragsschließende Unternehmer nur Mitglieder des genannten Verbandes beschäftigen darf. Neuerdings hat der genannte Verband mit der Zigarettenfabrik D. Jung in Baden-Baden einen Tarif abgeschlossen, worin die Bestimmung enthalten ist:

„Die im Betrieb Beschäftigten müssen Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Bremen) sein. Bei Neueinstellungen wird der Gewarbeitsnachweis in Anspruch genommen.“

Die christliche Arbeiterschaft hat alle Ursache, diesen Bestrebungen durch die Stärkung ihrer Organisation entgegen zu wirken. Nicht minder sollten aber auch die Arbeitgeber diesen Machtgelüsten der Sozialdemokraten, die die Koalitionsfreiheit mit Füßen treten, den äußersten Widerstand entgegensetzen.

Sozialdemokratische Prober. Unter dem Stichwort „Sozialquart“ schrieb vor kurzem ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsblatt: „Für 2,12 Milliarden Unfallschädigung laufen sich die Reichen Arbeiterfleisch von genau 10 799 997 Proleten. Nimmt man unter Berücksichtigung der verletzten und getöteten Jugendlichen und Frauen für jeden Unfall 120 Pfund Körpergewicht an, dann kostet den Reichen das Pfund verunglücktes Menschenfleisch 164. Ob die antiken Sklavenhändler ihre menschlichen Arbeitstiere so billig verschleifen durften?“

Man muß dem „Versicherungsboten“ zustimmen, wenn er zu diesen zynischen Ausführungen bemerkt: „Es bedarf wohl nicht des Hinweises, daß solche Ausführungen Wasser auf die Mühlen derjenigen leiten, welche den Abbruch der deutschen Arbeiterversicherung wegen der ihr anhaftenden Mängel befürworten. Arbeiter, die auf ihren Stand etwas halten, sollten doch den v.n. ihnen abhängigen Wätern eine solche in ihrer Robeit kaum noch zu überstehende Sprache und auch sachlich so völlig haltlose Ausführungen unterlassen, die überall nur den ungünstigsten Eindruck machen können und der Sache der Arbeiterversicherung im In- und Auslande größten Schaden zufügen.“

Invaliden- und Hinterbliebenenrentenzahlungen im Jahre 1912. Auf Anweisung der Versicherungsanstalten sind gezahlt:

im ganzen davon Ino.-R. Kranken-R. Alters-R.
1912 176 775 968 M. 158 715 621 M. 3201 736 M. 14 061 878 M.
1911 169 081 652 „ 151 426 782 „ 3 177 327 „ 14 477 543 „

Ferner sind 163 557 M. Witwen- und Wänterrenten, 3814 M. Witwenkrankenrenten, 629 356 M. Waisenrenten, zusammen 796 728 M. Hinterbliebenenrenten, 296 654 M. Wittwengeld und 2371 M. Waisenaussteuer gezahlt, endlich noch 171 5127 M. Beitragserstattungen gegen 10301768 M. im Jahre 1911. Demgemäß betragen die gesamten Zahlungen im Jahre 1912 nur 179 586 843 M. gegen 179 983 420 M. im Jahre 1911, sind also um 396 577 M. zurückgegangen, weil die Leistungen der durch die R.V.D. eingeführten Hinterbliebenenversicherung die Höhe der beseitigten Beitragserstattungen nicht annähernd erreichten. Von der Gesamtlast entfallen auf

Reich: Gemeinvermögen Sondervermögen
1912 55 069 296 M. 84 102 038 M. 39 618 782 M.
1911 53 283 121 „ 78 265 220 „ 47 835 079 „

Die Reichslast ermäßigte sich um rund 350 000 M. durch den Wegfall der Belastung infolge militärischer Dienstleistungen und stieg hauptsächlich durch den Anteil an den

Leistungen der Hinterbliebenenversicherung. Die Verminderung der Sonderlast ist auf die Verminderung der Beitragserstattungen zurückzuführen. Das Gemeinvermögen hatte Anfang 1912 einen Bestand von 64003413 M. Aus der Beitragsernahme floßen ihm 136 687 406 M. zu. Nach Abzug der Gemeinlast behält das Gemeinvermögen einen Bestand von 120091060 M., verdoppelte sich also nahezu.

Aus Industrie und Wirtschaftsleben.

Elastische und japanische Stoffdruckereien im Weltkampfe.

Plötzlich machte in der elastischen Tagespresse eine Notiz die Kunde, in der die schlechte Geschäftslage in der Stoffdruckerei u. a. auch auf die japanische Konkurrenz zurückgeführt wurde, die sich in einem besonders krassen Maße sehr nachteilig für die elastische Stoffdruckerei, die lange Zeiten der Weltmarkt absolut beherrschte, gezeigt habe, da ein Auftrag von 500 000 bedruckten Reklametafchentüchern der bekannten Galeries Lafayette in Paris trotz des weitesten Entgegenkommens einer elastischen Firma einer japanischen Druckerei zugefallen sei.

Eine neue Beunruhigung über die drohende „gelbe Gefahr“ für unsere heimische Industrie ist indessen nicht angebracht, wie wir den Ausführungen des „Elastischen Textilsblatts“ in Schwweizer entnehmen. Das Blatt schreibt:

Die bekannte Stoffdruckerei Charles Steiner in Rappoltsweiler, eine unserer ersten und angesehensten Firmen, die durch ihre bekannten künstlerischen Entwürfe einen hervorragenden Namen hat, hatte vor etwa zwei Jahren eine Reklameflagge für die Galeries Lafayette angefertigt. Später wünschte die gleiche Firma eine verkleinerte Darstellung derselben Flagge, in der Größe eines Briefumschlages (15x11 cm.), die in großen Mengen zum Ausstellen an die Kinder bestimmt sein sollten. Die Arbeit sollte, obwohl es sich nur um einen einfachen Reklametitel handelte, vollkommen sein, doch wollten die Besteller den entsprechenden Preis dafür nicht anlegen, so daß die Rappoltsweiler Firma mit Recht auf die Ausführung dieses kostspieligen Auftrages verzichtete. Die Galeries Lafayette wandten sich dann an ein japanisches Haus, das den Auftrag ohne Rücksicht auf die wirklichen Kosten und Mühen zu dem vorgeschlagenen Preise übernahm.

Ob das japanische Haus bei der Lieferung auf seine Kosten gekommen sein mag, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen. Andererseits ist aber die Tatsache festzustellen, daß die japanische Stoffdruckerei hiermit zum ersten Male als Konkurrentin in Europa und besonders in Elsaß, dem klassischen Lande der Stoffdruckerei, aufgetreten ist. Ob und welcher Erfolg den japanischen Druckern im europäischen Markte ferner beschieden sein wird, muß die Zukunft lehren. Eine Tatsache aber gibt die Garantie, daß für sie die Trauben noch sehr hoch hängen: Es fehlen den Japanern die Künstler, die nach europäischem Empfinden schaffen können. Es fehlt ihnen aber auch jegliche Tradition nach unserer europäisch-künstlerischen Auffassung und so wird es vorderhand, wie bei aller japanischer Arbeit, bei einer mehr oder weniger gut gelungenen Nachahmung sein Bewenden haben. Daß sich aber eine so rücksichtslose Konkurrenz wie die japanische, die außerdem unter so billigen Verhältnissen produziert, namentlich auf den überseeischen Märkten und ganz besonders auf den ostasiatischen Absatzgebieten sehr unangenehm bemerkbar machen kann, bedarf wohl keines weiteren Beweises.

Gefährdung der deutschen Baumwollspinnerei?

Zur Masseneinfuhr österreichischer Baumwollgarne nach Deutschland wird geschrieben:

„Seit dem Herbst vorigen Jahres hat die deutsche Baumwollspinnerei schwer unter einer organisierten und subventionierten Masseneinfuhr österreichischer Baumwollgarne zu leiden.“

Die amtliche Handelsstatistik zeigt, mit welcher enormen Massen österreichischer Garne Deutschland im ersten Halbjahr 1913 überschwemmt worden ist: Während im ersten Halbjahre 1912 die Einfuhr bis Nr. 47 1975 Doppelzentner betrug, beziffert sie sich für den gleichen Zeitraum 1913 auf 47 614 Doppelzentner!

Da zurzeit noch große Kontrakte mit österreichischen Spinnereien laufen, wird das Zahlenverhältnis am Jahreschlusse gegenüber den Ziffern des Vorjahres noch viel krasser sein.

Miteiner weiteren Steigerung der Einfuhr österreichischer Garne ist auch deshalb zu rechnen, weil die österreichischen Spinner vor kurzem für die Garnverkäufe in Oesterreich selbst Minimalpreise festgesetzt haben. Die Hochhaltung der Garnpreise in Oesterreich wird die dortigen Spinner zweifellos erst recht veranlassen, ihren ganz beträchtlichen Produktionsüberschuß zu billigen Preisen ins Ausland, vor allen Dingen nach Deutschland, zu werfen.

Das oben genannte Garnquantum ist der deutschen Baumwollspinnerei entgangen, die infolgedessen zu Produktionsbeschränkungen und Lageranhäufungen gezwungen wird. Bei normalen Verhältnissen deckt die deutsche Baumwollspinnerei den inländischen Bedarf an Garnen jener Nummern vollauf.

Kein Wunder ist es daher, daß diese plötzliche und durchaus ungewöhnliche Verschiebung den deutschen Garnmarkt völlig beroutrierte, nicht nur durch das entgangene Quantum, sondern vor allem durch die unverhältnismäßig niederen österreichischen Garnpreise, die naturgemäß auf die Preisgestaltung für die gesamte deutsche Garnproduktion rückwirken müssen.

Die Schuld an diesen bedauerlichen Zuständen trägt der durchaus ungenügende Zollschutz für die deutsche

Baumwollspinnerei; denn jede Exportaktion nimmt den Weg, der durch niedrige Zollschranken die geringsten Hindernisse bietet.

Dieser Weg führt nun bedauerlicherweise immer nach Deutschland, das bekanntlich von allen ausnahmsfähigen Kontinentalstaaten den bei weitem niedrigsten Zollschuß hat.

Eine erneute Bestätigung findet diese Tatsache durch die gegenwärtige Zunahme der Einfuhr baumwollener Garne aus Frankreich und Belgien nach Deutschland, die im ersten Halbjahr 1913 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 45 Prozent gestiegen ist.

Bekannt ist, daß auch schon früher Deutschland unter den wirtschaftlichen Krisen der französischen und italienischen Baumwollspinnerei zu leiden gehabt hat. Wenn aber eines Tages Englands übermächtige Baumwollspinnerei, etwa infolge plötzlicher Absatzrückungen nach ihren natürlichen Absatzquellen, oder Amerikas bedrohlich erstarkende Baumwollspinnerei durch erhöhten Export den deutschen Markt überfluten würden, wäre das Ende der deutschen Baumwollspinnerei da!

Zeitigen zollpolitische Maßnahmen gegen diese Gefährdung unserer deutschen Baumwollspinnerei zu treffen, ist in Anbetracht der Verhältnisse einfach eine Pflicht der Selbsterhaltung Deutschlands.

Wir bemerken hinzu, daß wir uns den in dieser Zuschrift erhebenen Forderungen nach einer Verstärkung des Zollschußes für Baumwollgarne nicht anschließen.

Herabsetzung der Preise für Baumwollgewebe.

Wie das Berl. Tgl. hört, hat eine Reihe Berliner Firmen eine Ermäßigung der Preise für Baumwollwaren vorgenommen. Als Grund hierfür sind, wie uns aus Fachkreisen erklärt wird, weder die Preisbewegung am Rohstoffmarkt noch die statistische Position anzusehen. Vielmehr sei die Herabsetzung der Notierungen auf das schwächere Geschäft in Geweben zurückzuführen sowie auf die Erwartung, demnächst Rohbaumwolle billiger eindecken zu können.

Hohe Zuteilpreise.

Die Notierungen für Rohjute in Dundee verfolgen in der letzten Zeit wieder eine scharf steigende Richtung, die in den Ausichten für die neue Ernte keine genügende Erklärung findet. Denn über diese sind recht günstige Nachrichten verbreitet, wie sie auch aus der kürzlich von uns veröffentlichten indischen Ernteschätzung ersichtlich wurden, die für das Jahr 1913 einen Rekordbetrag erwarten ließ. Auch die Absatzverhältnisse sind, wie uns aus Fachkreisen mitgeteilt wird, nicht derartig, daß die Preissteigerung ihre Erklärung darin finden könnte. Dagegen muß in Betracht gezogen werden, daß die indischen Fabriken, die immer zahlreicher und größer werden, ein immer umfangreicheres Quantum Rohjute für sich in Anspruch nehmen, so daß für die europäische Industrie immer weniger verfügbares Material übrigbleibt. Ferner werden sich die indischen Bauern, in deren Händen der innerindische Jutehandel liegt, während das indische Exportgeschäft von Europäern beherrscht wird, ihrer Machtstellung immer mehr bewußt und versuchen durch Zusammenhalten für sich Vorteile zu gewinnen. Für die augenblickliche Preissteigerung kommt außerdem hinzu, daß ausgedehnte Niederschläge die indische Zuteilpreise sehr verzögert haben, so daß vorläufig nur sehr wenig Material an den Markt gebracht werden kann. Diese Situation nützen die Inhaber des alten Materials weidlich aus, indem sie ihre Rohware so teuer wie möglich abgeben. Außerdem kommt ihnen zugute, daß in den Spinnereien keine allzugroßen Vorräte an Rohjute sein sollen, so daß die Besitzer der Ware ihre Preise um so leichter hinaufführen können. Auch der Konsum unterstützt diese Preisbewegung, denn er zeigt in der letzten Zeit wieder eine starke Zunahme, so daß selbst eine Reordernte kein starkes Dampfenmoment bildet. Alle diese Umstände haben zusammen mit der jetzigen günstigeren Auffassung von der politischen Lage, die der Spekulation neue Anregung bot, bewirkt, daß die Rohjutepreise in Dundee kürzlich auf 30 Pfd. Sterl. steigen konnten. Damit haben sie ein Niveau erreicht, wie noch nie zu verzeichnen war, dem allerdings gestern wieder eine kleine Abschwächung folgte. In den letzten zwanzig Jahren bewegten sie sich für die ersten Malen folgendermaßen:

Table with 6 columns: Jahr, höchst Pfd. Sterl., niedrigst Pfd. Sterl., Jahr, höchst Pfd. Sterl., niedrigst Pfd. Sterl. Rows include years from 1892/93 to 1907/08.

Die weitere Gestaltung der Preise wird erheblich von den Nachrichten über die Verschiffungen abhängen, doch dürfte vor November und Dezember kaum in größerem Maße mit dem Eintreffen neuen Materials in Europa zu rechnen sein.

Die europäische Juteindustrie ist, wie uns aus Fachkreisen mitgeteilt wird, augenblicklich gut beschäftigt, zumal da Jute für immer weitere Zwecke Verwendung findet, wie z. B. als Wandbelleidung, als Gardinen usw. Ganz besonders sei aber der Bedarf an Säcken gestiegen, und zwar sowohl für landwirtschaftliche, was sich zum Teil aus den größeren Ernten erklärt, als auch für industrielle Zwecke.

Der Geschäftsgang in den Gold- und Silbergepinstfabriken

Ist zur Zeit, wie uns aus Weissenburg in Bayern von einem Kollegen geschrieben wird, sehr schlecht. Es wird Woche nur 30-35 Stunden gearbeitet. Die Weissen-

burger Tuchfabrik, welche 25-30 Personen beschäftigte und als Spezialität Militärtauche fabrizierte, sah sich gezwungen, ihren Betrieb ganz einzustellen. Die Ausichten für den Herbst sind die denkbar schlechtesten.

Auch im vergangenen Jahre hatte die Gold- und Silbergepinstfabrikation über schlechten Geschäftsgang zu klagen. Der Jahresbericht der Handelskammer Gremtums-Weissenburg (Bayern) vom Jahre 1912 schreibt darüber:

Die Ausichten für das Geschäftsjahr 1912 waren zu Beginn des Jahres recht schlecht, hervorgerufen durch das starke Nachlassen der Hochkonjunktur in den Gold- und Silbergepinstfabriken einerseits und andererseits durch die geringe Kaufkraft der Landbevölkerung, die noch unter den Folgen der Dürre und der Maul- und Klauenseuche des Jahres 1911 litt. Leider haben sich die ungünstigen Verhältnisse während des Jahres noch verschlimmert, denn die Fabriken mußten ihre Betriebe noch weiter einschränken, was einen ganz enormen Lohnausfall zur Folge hatte, und außerdem hat auch der nasse Sommer die Hoffnung auf eine gute Ernte zerstört, weshalb auch die Landwirtschaf sich mit ihren Einkäufen ziemlich eingeschränkte.

Während sonst um die Jahreswende die Betriebe Hochsaison hatten, war schon zu Beginn des Berichtsjahres der Geschäftsgang ein recht flauer. Die Nachfrage nach Robespinnstoffen hat fast gänzlich aufgehört, das Wenige, was schließlich hier und da gebraucht wurde, konnte von den reichlich vorhandenen Lagerbeständen entnommen werden und hier zu Preisen, die recht oft weit unter dem Kostenpreise sich bewegten. Auch das Exportgeschäft war recht schleppend, was wohl in erster Linie auf die andauernden Wirren in China und Persien, ferner auf die Fortdauer des türkisch-italienischen Kriegs und ganz besonders auf den Ausbruch des großen Balkankrieges zurückzuführen ist. Angesichts dieser unsicheren Zustände wurde das Geschäft fast ganz lahm gelegt. Um schließlich den alten guten Stamm der Arbeiter zu erhalten, wurde zum Teil an Lager gearbeitet; da aber in der Ergänzung der Lagerware gewisse Grenzen geboten sind, so waren trotzdem Arbeiterentlassungen und weitere einschneidende Betriebsbeschränkungen unvermeidlich. Infolge des Mangels an genügender Beschäftigung sanken die Erlöspreise auf ein unverhältnismäßig niedriges Niveau.

Ueber das Geschäft in Militär-Erresen-Effekten wird von den beteiligten Firmen ziemlich gellagt. Es werden unverantwortliche Preisherabsetzungen selbst für mittleren und kleinen Bedarf immer häufiger, was allgemein große Unsicherheit verursacht und die Ertragnisse ernstlich bedroht. Der Bedarf in diesen Artikeln ist ziemlich begrenzt. Der Konsum darin kann aber durch billige Preise nicht gehoben werden. Sehr nachteilig auf das ganze Geschäft bei Zwischenhändlern und Fabrikanten wirkt auch der Umstand, daß einzelne Firmen direkt an Militärpersonen außerordentlich billig abgeben, was bisher nur sehr selten vorkam, jetzt aber häufiger geschieht. Der Kreis der Interessenten, die Aufträge der Heeresverwaltung erhalten, wird immer größer, weswegen die einzelnen Firmen immer kleinere Bestellungen erhalten. Auch die Preise, insbesondere jene für konfektionierte Artikel, lassen sehr zu wünschen übrig.

Mangelnde Unternehmungslust der deutschen Baumwollindustrie.

(Siehe hierzu auch den Artikel „Der Absatz deutscher Textilwaren in unseren Kolonien“ in der vorliegenden Nummer.)

In einem sicherlich beachtenswerten Artikel führen die in Kairo erscheinenden „Ägyptischen Nachrichten“ bewegliche Klage über die mangelhafte Beteiligung der deutschen Baumwollwarenindustrie am Export nach Afrika. Das in deutscher Sprache erscheinende Blatt, das auf seinem exponierten Posten die deutschen Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen und zu fördern sucht, schreibt in seiner Nummer vom 14. Juli:

„Englands großer Einfluß auf den ganzen afrikanischen Kontinent liegt zum Teil in seinen Baumwollwaren (Manchester Goods). Einer der Hauptbedürfnisgegenstände des Negers in ganz Afrika, wenn nicht der hauptsächlichste, ist sein Bekleidungsgegenstand, das mehr oder weniger zurechtgenähte Baumwollzeug. Vom Norden nach Süden, Westen nach Osten findet man Mann und Weib in solche Tücher gehüllt, je nach Stamm und Geschlecht mehr oder weniger materiell drapiert. Schon Stanley hat nach seiner ersten Afrikareise darauf aufmerksam gemacht, was der dunkle Erdteil für ein Absatzgebiet sein würde, wenn nur jeder Schwanz ein Stück Zeug aus Manchester per Jahr kaufen würde, und Manchester macht in der Tat ein kolossales Geschäft in diesem Artikel mit dem ganzen Afrika, denn die Kolonien aller Länder müssen diesen Artikel in Manchester kaufen. Es gibt kaum andere Bezugsquellen für diese Waren, besonders Deutschland verjagt gänzlich und liefert an Baumwollwaren für Afrika so gut wie gar nichts. Es ist das sehr bedauerlich, denn bei der Wichtigkeit dieses Artikels für ganz Afrika steigt naturgemäß der Einfluß desjenigen europäischen Landes im dunklen Kontinent, das am besten und billigsten Baumwollwaren liefern kann. Die deutsche Ware ist aber zu teuer und die Fabrikanten haben nicht genügend Interesse, den Export nach Afrika zu heben. Infolge des deutschen Schutzzollens ist der deutsche Fabrikant nur auf das heimische Geschäft eingerichtet und versorgt fast ausschließlich den deutschen Markt zu guten Preisen und hat kein Interesse, nach Afrika billig zu sein und mit Manchester zu konkurrieren. Manchester dagegen hat nie den Schutz des heimischen Marktes erfahren, und seine Baumwollindustrie hat sich in laurer Arbeit den Markt der ganzen Welt erklämpft und steht jetzt fast unüberwindlich da.“

Deutschlands Einfluß auf alles Afrikanische würde aber sehr steigen, wenn es in den Baumwollartikeln für

Negerbekleidung wesentlich mehr mit dem ganzen Afrika machte, als es das jetzt tut. Für Deutschland liegt Afrika noch ein großes Feld der Betätigung, auch außerhalb seiner Kolonien; mit exportfähigen Baumwollwaren würde es sich manches lukrative Geschäft in Afrika sehr viel leichter erobern.

Es ist daher sehr zu bedauern, daß die deutsche Baumwollfabrikanten nicht mehr Interesse für Afrika bekunden. Aber der Schutz des heimatischen Marktes macht sie unzulässig, in das afrikanische Geschäft hineinzuweisen, und so bleibt das Geschäft fast ausschließlich in Englands Hand. Sollte es nicht möglich sein, den deutschen Fabrikanten durch Exportprämien für Baumwollwaren nach Afrika mit Manchester konkurrenzfähig zu machen? Der Gedanke wäre wohl der Ueberlegung wert. Deutschlands Einfluß in Afrika könnte nur dadurch gewinnen.“

Von Seiten der deutschen Baumwollwarenindustrie wird immer gern behauptet, daß es unverhältnismäßig hoher Kosten und Anstrengungen sowie langer Zeit bedürfe, um in einen ausichtsreichen Wettkampf mit den englischen oder amerikanischen Industrie einzutreten. Diese Behauptung wird am besten widerlegt durch die überaus raschen und guten Erfolge, welche die italienische Baumwollwarenindustrie in ihren Bemühungen sich das afrikanische Absatzgebiet zu erobern, gehabt hat. Erst mit dem Jahre 1907 hat die Ausfuhr italienischer Baumwollwaren in größerem Maßstab nach afrikanischen Gebieten, nach Nord- und Ostafrika, eingesetzt, zu einer Zeit, als von landeskundiger Seite auch die deutsche Baumwollindustrie auf diese Absatzgebiete erneut aufmerksam gemacht wurde. Die Italiener haben mit dem Erfolg gearbeitet, daß ihre Baumwollwaren die amerikanischen in großen Gebieten vollkommen verdrängt haben, mit den englischen aber in ausichtsvollem Wettbewerfe stehen, wobei sie im Beginn ihres Kampfes mit der durch den Sieg der englischen Maschinen über die holländische Handarbeit in bedruckten Baumwollwaren besonders gestärkten englischen Stellung zu rechnen hatten.

Aus dem Verbandsgebiete. Volksversicherung.

Die Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, eine Unterabteilung der öffentlich-rechtlichen Volksversicherungs-Gesellschaft, versendet an die Zahlstellenvorsitzenden der christlichen Gewerkschaften Schlesiens ein Rundschreiben, worin für die öffentlich-rechtliche Volksversicherungs-Gesellschaft Propaganda gemacht wird. Es muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß die christlichen Gewerkschaften nur mit der „Deutschen Volksversicherungs A.-G.“ Berlin einen Vertrag abgeschlossen haben und daß die Annäherungsversuche jeder anderen Versicherungs-Gesellschaft zurückzuweisen sind. Die Zahlstellen und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sollen sich in der Versicherungsfrage einzig und allein an die Anweisungen ihrer Organisationen halten.

An die Kartell- und Zahlstellenvorstände.

Wir bitten noch einmal dringend darum, uns die Namen und genauen Adressen der christlichen Gewerbegerichtsbeisitzer mitzuteilen, die entweder auf Gemeinde- oder Gewerbegerichtsstellen oder auf Kosten der Kartelle die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Leipzig am 18., 19. und 20. Sept. d. J. besuchen werden. Diese Kollegen werden am vorhergehenden Tage (17. September) einer Konferenz christlicher Gewerbegerichtsbeisitzer betwohnen. Außerdem soll ihnen etwaiges Material vorher zugestellt werden.

Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Benloewwall 9.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Bayreuth.

Eine gründliche Niederlage des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Der vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband geführte Streik bei der Firma Bayerlein in Bayreuth ist nach 10wöchiger Dauer erfolglos abgebrochen worden. Die sozialdemokratische „Fränkische Volkstribüne“ berichtet hierüber in Nr. 171 vom 24. Juli folgenden:

„Abgebrochener Streik. Die Textilarbeiter der Firma F. C. Bayerlein, die wegen Maßregelung von Arbeitskollegen und Kolleginnen und Nichterhaltung gegebener Versprechungen in den Streik getreten waren und wochenlang standhielten, haben in einer gestern Nachmittag abgehaltenen Versammlung beschlossen, den Streik abzubrechen. Der Grund zu diesem Beschluß ist in den gegenwärtigen Verhältnissen zu suchen, die eine Aenderung der Situation nicht geben erscheinen lassen. Obwohl der Kampf viele Wochen dauerte, haben sich die Ausständigen nicht das geringste zu schulden kommen lassen und sich die Achtung der Öffentlichkeit verdient. Ein Teil der Streikenden ist bereits abgereist und hat auswärts Arbeit angenommen. Die ziemlich Anzahl von Arbeitswilligen, die bei Ausbruch der Bewegung im Betriebe stehen blieben, machten es der Firma möglich, sich so lange ablehnend gegenüber den Forderungen der Arbeiter zu verhalten, obwohl diese nur in der Zurücknahme der Maßregelungen und Erfüllung der bereits zugesagten Wünsche bestanden. In den meisten übrigen Berufen, die in Bayreuth vorhanden sind, lassen die Unternehmer es wegen so minimaler Forderungen gar nicht erst zu Lohnbewegungen kommen. Ja, es bestehen fast für alle Berufs-tarifliche Abmachungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern; die durch deren Organisationen abgeschlossen worden sind. Die Textilindustrie macht hier allein eine unrichtige Ausnahme.“

Es ist also gekommen, wie vorauszu sehen war. Ein eigentlicher Streitgrund lag gar nicht vor. Die Maßregelungen sollen bestanden haben darin, daß junge Buchsen entlassen wurden wegen Bedrohung, Beleidigung und Mißhandlung von Mitarbeitern, andere wegen Trunkenheit und Gehorsamsverweigerung. Die angelegte Lohnreduzierung bestand darin, daß ein neuer Lohnberechner irrtümlich einen Artikel höher bezahlt hatte, als im Tarif vorgesehen war. Dieser Irrtum wurde entdeckt und daraufhin die ganze Angelegenheit in Verbindung mit den Arbeitern und zur Zufriedenheit der in Betracht kommenden Arbeiterinnen erledigt. Trotzdem ging man von seitens des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes dazu über, einen Streit anzufachen, dem von der größten Mehrzahl der im Betrieb Beschäftigten nicht zugestimmt wurde.

Die Niederlage für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband ist darum auch eine sehr empfindliche. Von 230 Streitenden sind kaum 30 Arbeiterinnen wieder eingestellt worden. Von den Ausgenommenen wurde verlangt, daß sie eine unterchriftliche Erklärung von ihrer Verbandsleitung bringen, daß sie aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband ausgetreten sind. Ferner mußten sie die Verbandsbücher an die Firma einliefern, um sie unbrauchbar zu machen.

Diesen jämmerlichen Bedingungen hat man sich unterworfen, um nur noch einige von den Unterstützungsberechtigten unterzubringen, damit die Verbandskasse geklärt wurde.

Der Ausgang dieses Kampfes ist für die betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen sehr bedauerlich. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, welche sich durch großsprecherische Phrasen von Führern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ihre führen ließen. Durch dieses unvernünftige Vorgehen hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband erreicht, daß er auf Jahre hinaus hierhergelegt ist und für die Weyreuther Textilarbeiterschaft in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts mehr zu tun vermag.

Für die Weyreuther Textilarbeiterschaft erwächst somit die Aufgabe, sich geschlossen dem christlich-nationalen Textilarbeiterverband anzuschließen, der nachweisbar mit der größten Gewissenhaftigkeit die Interessen der Textilarbeiter und Arbeiterinnen vertritt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Auerbach. Nach längerer Pause fand auch hier noch einmal eine Mitgliederversammlung statt, an der auch die Vorstandsmitglieder von Langensteinbach, dem Auerbach als Zahlstelle angeschlossenen ist, teilnahmen. Unser Vorsitzender, Kollege Nagel, berichtete über unsere Lohnbewegung und deren Stand. Eine längere Aussprache schloß sich dem Geleit an. Einige Unorganisierte, welche noch vorhanden sind, sollen in nächster Zeit besucht und für den Verband gewonnen werden. Im gemütlichen Kreise wurden die bestehenden Wünsche gegenseitig ausgetauscht und Anregungen für die weitere Agitation gegeben.

Warmen. Ueber die Zukunft unserer hiesigen Beschäftigten-Industrie brachte unlängst die „Bergisch-Märkische Zeitung“ einen Artikel, der auch unsere Mitglieder interessieren dürfte. Die genannte Zeitung schreibt: „Die Herstellung von Beschäftigten ist eine der wichtigsten Branchen unserer Warmer Industrie, und es ist deshalb wohl der Mühe wert, ihre Entwicklung in den letzten Jahren einmal etwas zu verfolgen. Greifen wir zunächst darauf zurück, daß die Wuppertaler Oberfeld und Warmen ihre Entstehung und nachher auch ihre Entwicklung der Textilindustrie, die hier mit der Garnbleicherei ihren Anfang nahm, verdanken. Bis zum Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat sich die Wuppertaler Textilindustrie rasch weiterentwickelt, ihre Erzeugnisse bekamen Weltruf, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie wurde nirgends bestritten. Um die Zeit der Jahrhundertwende herum begannen sich aber die Verhältnisse zu ändern, und an der Weiterentwicklung einzelner Branchen trat damals schon ein merklicher Stillstand ein. Wir verweisen hier nur auf die Wäschweberei, in der es durch die allgemeine Einführung der mechanischen Webstühle schon bald zu einer Ueberproduktion kam, die mit all ihren Folgen den Konkurrenzkampf immer mehr erschwerte, so daß nach und nach dieser Entwicklung manche Existenz zum Opfer fiel. Aber auch ohne das Beispiel einer einzelnen Branche herauszutreten, kann nicht geleugnet werden, daß die Wuppertaler Industrie in den letzten Jahrzehnten eher einen Rückgang als eine Weiterentwicklung durchgemacht hat. Wir denken hier nicht nur an die durch Abwanderung und andere Umstände geschmälerete Oberfelder Industrie, nein, auch die Warmer Industrie ist in den letzten zehn Jahren nicht größer geworden.“

Die Warmer Industrie klagt schon seit langer Zeit wieder über eine ungenügende Beschäftigung mancher Branchen, und als Grund hierfür wird bald die allgemeine wirtschaftliche Lage, bald die den Warmer Artikeln ungunstige Mode u. a. m. angeführt. Man hofft von einer Saison zur anderen, daß die launige Göttin Mode die Warmer Artikel, und besonders die Warmer Besätze, wieder mehr bevorzugen möge, man versucht, hier durch allerhand Neumusterungen nachzuwirken, ohne dabei aber aus dem Rahmen der althergebrachten herauszukommen. Verfolgen wir doch einmal die Entwicklung der Dinge. Ist die Göttin Mode wirklich so launig, wie man in der Regel annimmt? In manchen Dingen vielleicht ja, aber in einer Beziehung kann von keiner Laune die Rede sein, sondern hier verfolgt sie planmäßig ihr Ziel, nämlich: die Verfeinerung des Geschmacks. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Sache! Vergleichen wir einmal die Kleiderbesatz-Kollektionen der meisten Warmer Fabrikanten — Ausnahmen befristigen die Regel — mit der modernen Damenbekleidung, so müssen wir feststellen, daß all die vielen schönen Sachen, die von der Beschäftigtenfabrikation gebracht werden, fast kaum noch zur Anwendung kommen. Das moderne Kleid, und hier ganz besonders das einer feineren Geschmacksbildung, ist ziemlich glatt gearbeitet und zeigt als Garnitur höchstens Spitzen, Tüll oder ähnliche Stoffe. Treppen und Ärmel gelten in gewisser Weise als modern, wogegen aber Besätze, bunte Besätze und dergleichen als unfest betrachtet werden. Vorübergehend mag ja auch diesen Artikeln noch einmal der Stern einer günstigeren Mode leuchten, wie es in jüngster Zeit Bulgaren, Futuristen und, kurze Zeit

mehr zur Anwendung gebracht wurden. Aber unsere Bedenken, daß diese Mode nur von kurzer Lebensdauer sei, haben sich schon gerechtfertigt, das Geschäft ist bereits wieder vorüber und die Beschäftigten beklagen wieder sehr das Fehlen einer lohnenden Beschäftigung.

Die große Mehrzahl der Warmer Beschäftigten sagt sich, daß man im Grunde genommen doch niemand dafür verantwortlich machen könne, daß die Mode die Warmer Besätze jetzt schon seit langer Zeit so kümmerlich behandelt; man müsse eben abwarten, bis wieder bessere Zeiten kommen. „Die Mode wird schon wieder kommen, die Zeiten müssen für unsere Beschäftigten wieder bessere werden.“ so tröstet man sich in der Regel von einer Saison zur anderen. Aber wann wird das Geschäft denn voraussichtlich besser? Wann kommt die günstige Mode wieder? Schon seit Jahren hat man nach den kurzen Zwischenräumen eines etwas regeren Geschäftes auf die günstige Mode gewartet, die Industrie ist darüber so nach und nach in den Krebsgang verfallen, ohne daß man die Frage: „Kommt die günstigere Mode für Warmer Besätze überhaupt wieder?“ zu ergründen suchte. Wer die Entwicklung der Mode verfolgt, muß sich eingestehen, daß sich der Geschmack des Publikums immer mehr verfeinert hat und es muß mehr als fraglich erscheinen, daß dieser verfeinerte Geschmack noch einmal darauf verfällt, das elegante Damenkleid wie eine Sufaren-Uniform mit Schnüren zu behängen. Die Ausflüchte der Warmer Beschäftigten nach dieser Richtung hin sind deshalb sehr ungünstig. Die Ursache für diese Verschlebung des Geschmacks ist keine sogenannte Modelaune, sondern liegt vielmehr in der verfeinerten Kultur. Die Warmer Beschäftigten trüben nur der Vorwurf, daß sie bei der Schaffung ihrer Neuheiten nicht mit der immer voranschreitenden Verfeinerung des Geschmacks gleichen Schritt gehalten haben und sich dadurch das Geschäft nach und nach aus der Hand gleiten ließen.

Die Warmer Industrie muß neue Wege einschlagen, sie muß sich durch Schaffen ganz neuer Artikel der Zeit wieder anpassen suchen! Erfolgt nicht bald nach dieser Richtung hin ein energischer Vorstoß, wartet man noch länger untätig auf die Zeit, zu der alte, schon fast ganz vergessene Moden wieder aufleben sollen, so wird man zusehen müssen, wie die Warmer Beschäftigten, deren Erzeugnisse einstmal Weltruf besaßen, vom Markt langsam aber sicher abgedrängt wird. Vergangene Zeiten kehren niemals wieder, Gewesenens hat für die Gegenwart keinen Wert; dessen müssen die Warmer Beschäftigten eingedenk sein! Welche Wege nun zur Verbesserung der Verhältnisse einzuschlagen sind, ist nicht so leicht zu sagen. Hat man aber erst in der Branche die unbedingte Notwendigkeit der Einleitung in neue Bahnen erkannt, so wird sich am besten durch einen Austausch der Meinungen diese so überaus wichtige Frage klären lassen.

Busenbach. Ueber die Bedeutung der Neuwahlen zur Reichsversicherungsordnung wurde in unserer Versammlung, welche am 30. Juli im Kaiser Saal, ein Vortrag gehalten. Eingangs hatte der Kassierer, Kollege Guck, den Rechenschaftsbericht des zweiten Quartals gegeben. Hieran schloß sich eine ausgedehnte, teilweise sehr scharfe Aussprache über unsere Lohnbewegung an, die vieles zur Klärung beigetragen haben dürfte.

Eine in den letzten Wochen vorgenommene Hausagitation hat unsere Ortsgruppe wieder ein schönes Stück nordwärts gebracht. Das zum eisernen Bestande der Busenbacher gehörende Badnerleidl bildete den Schluß der anregenden Versammlung.

Cottbus. Eine interessante Mitgliederversammlung veranstaltete unsere Ortsgruppe am 9. August. Nach Erledigung der Vereinstätigkeiten sprach der Vorsitzende über „nationale wirtschaftsriedliche“ Arbeitervereine (Werkvereine). U. a. führte er aus, daß die gelben Werkvereine meist nicht von Arbeitern gegründet seien, einem wirklichen Bedürfnis der Arbeiter nicht entsprächen, auch nicht fähig seien, eine wirkliche Arbeiterinteressenvertretung zu sein. Sie sind ins Leben gerufen von Großindustriellen und deren Beauftragten, um sich Streiks vom Halbe zu halten. Durch Wohlfahrtsvereine, Bevorzugungen im Arbeitsverhältnis, Vergünstigungen, Kinderbescherungen wird den Arbeitern die Sache schmacht gemacht. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn die Mitglieder nicht gleichzeitig der Koalitionsfreiheit beraubt würden, von der die Unternehmer im weitesten Sinne Gebrauch machen, wie der Zusammenschluß der beiden größten Unternehmerorganisationen zeigt. Daß die Mitglieder dieser sogenannten „nationalen“ Vereine bei Wahlen und Lohnbewegungen nicht immer zuverlässig sind, hat ihnen schon den Namen „Blutspieser“ eingebracht. Sie verzichten darauf, selbständig, durch eigene Kraft, ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu bessern. Anlaß zur Gründung solcher Werkvereine gibt den Unternehmern zum großen Teil das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften, wie es z. B. die Vorgänge bei der Firma Bosch in Stuttgart zeigen. Auch die Disziplinlosigkeit, wie sie sich z. B. beim Werftarbeiterstreik zeigt, förderten die Sache der „Gelben“. Diese Vorgänge müßten jedem ruhig denkenden Arbeiter zeigen, daß sein Platz weder bei den roten noch gelben, sondern nur bei den christlich-nationalen Gewerkschaften sein kann. — Es wurde noch beschlossen, im Oktober einen Agitations-Familienabend zu veranstalten. Dann soll in Verbindung mit allen auf nationalem Boden stehenden Vereinen eine Kandidatenliste aufgestellt und zu dem Zweck in nächster Zeit eine Versammlung einberufen werden. Außerdem erklärte der Vorsitzende die Tarife der Deutschen Versicherungs-Vereinsgesellschaft.

Embsbetten. Koalitionsrecht und Mädchenheim. Es war im Jahre 1907, als uns seitens des Fabrikantenverbandes bei Beendigung der Aussperrung ausdrücklich versprochen wurde, „wegen der Zugehörigkeit zur Organisation werden keinem Arbeiter Schwierigkeiten gemacht werden.“ Anfangs glaubten wir, daß man dieses Versprechen halten würde. Wir haben uns jedoch getäuscht. Alle diejenigen Arbeiter, die nachher zum Untermeister avancierten, mußten auf Befehl der Fabrikanten austreten. In auswärtigen Zeitungen wurden Arbeiterinnen gesucht, die in einem Stift untergebracht wurden. An und für sich kann man dagegen nichts haben. Wogegen wir uns aber wenden müssen, ist die vollständige Abschließung der Arbeiterinnen des Stiftes von der hiesigen Arbeiterschaft. Man will willige und billige Arbeiterinnen, die nur arbeiten und gehorchen, jedoch nicht gewerkschaftlich denken lernen. Gefällt es diesen Arbeiterinnen im Stift nicht mehr, sei es durch schlechte Kost oder andere Unannehmlichkeiten, die in einer Gemeinshaft von 200 Arbeiterinnen nicht immer zu vermeiden sind, dann wird ihnen auch sofort die Arbeit gekündigt. Obwohl sich in Embsbetten genug Hausbesitzer finden, die gerne Logisgänger haben möchten, duldet dieses die Fabrikantenvereinigung nicht. Schon Jahre lang sind wir bemüht gewesen, die Arbeiterinnen des Stiftes für unsere Organisation zu gewinnen,

es war jedoch vergebens. Erst in den letzten Wochen ist es uns gelungen, dort Eingang zu finden. Doch der Mensch denkt und der Fabrikantenverband lenkt. Am Samstag, den 9. August, wurden sechs der beigetretenen Kolleginnen gekündigt. Auf die Frage, warum, wurde geantwortet, man hätte Arbeiterinnen zu viel. Zwei Kolleginnen mußten auch sofort das Mädchenheim verlassen, worüber sie allerdings keine große Reue zeigten. Obschon hier soviel Arbeiterinnen fehlen (eine Firma zahlt sogar für die Vermittlung 5 M. pro Kopf), wird doch zur Maßregelung geschritten. Alle hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen, auch unorganisierte, sind entrüstet über diese Maßnahme. Wir richten daher an alle Kollegen und Kolleginnen die Bitte, vorläufig Embsbetten und das Mädchenheim zu meiden. In der Hauptsache kommen die Mädchen aus Hamburg, Duisburg, Gelsenkirchen und Wanne. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß ein großer Teil der Väter und Brüder dieser Arbeiterinnen in anderen Berufsverbänden organisiert sind. Wollen diese ihre Kinder in Embsbetten Brot und Erwerb finden lassen, dagegen haben wir nichts, man möge sich aber erst an die Geschäftsführer des christlichen Textilarbeiterverbandes wenden. Nur dann ist es uns möglich, den Ring, den die Arbeitgeber geschlossen haben, zu durchbrechen und den Arbeiterinnen bessere Verhältnisse zu verschaffen.

Hannover. Auf dem Sommerfeste des Kartells christlicher Gewerkschaften von Hannover, Linden und Umgegend, das von etwa 4000 Personen besucht war, hielt Hauptredakteur Gerst-Hildebrandt die Festrede. Die Leitgedanken seiner Rede seien hier wiedergegeben:

Es sind 1600 Jahre verfloßen seit dem Sieg des Christentums über die gewaltige Macht des römischen Heidentums, seit den Tagen, da sich die ersten Christen die Freiheit ihrer Religion erkämpft haben. Alle Christen müssen diesen größten Geistesieg der christlichen Lehre über das Heidentum, den Sieg über rohe Gewalt und brutale Macht feiern. In den Reihen der christlichen Gewerkschaften wird die Aufzucht, des Konstantin-Zubilaums zu geben, einen besonders frohen Wiederhall finden. Sind die Christen der ersten Jahrhunderte für alle Christen der Gegenwart leuchtende Vorbilder, so sind sie es in besonderem Maße für die christlichen Arbeiter. Diese können sich auch am besten in die Lage der ersten Christen, in ihre Kämpfe um Freiheit und Selbstständigkeit hineinleben, da sie einen ähnlichen Kampf im letzten Jahrzehnt zu bestehen hatten, ihnen aber auch ein ähnlicher Sieg beschert gewesen ist.

Wie gleichen doch bis vor wenigen Jahren die Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft jenen des alten Roms. Es sollte durch die Macht der republikanischen, gotteslästerlichen Sozialdemokratie dem christlichen Arbeiter sein erstes und edelstes Menschenrecht, das Recht auf seine Ueberzeugung, genommen werden. „Nur oder kein Brot!“ war die Parole. Katholische und evangelische Arbeiter wurden gezwungen, den roten Gewerkschaften beizutreten und mußten ihre Ueberzeugung verbergen.

Da traten die Einsichtigen und Denkenden unter ihnen zusammen und sagten sich: So kann es nicht mehr weitergehen. Wir wollen christlich bleiben und nicht zu Gefinnungsflaven der roten Bewegung werden. Damals entstanden die christlichen Gewerkschaften; es waren harte Kämpfe, die sie anfangs zu bestehen hatten. Was mußten die Wortkämpfer der jungen Bewegung alles auf sich nehmen. Wie wurden sie verhöhnt und verspottet; welche materiellen Nachteile mußten sie ertragen. Kein Mittel war der roten Internationalen zu niedrig, um es im Vernichtungskampfe gegen die junge christliche Gewerkschaftsbewegung anzuwenden. Aber all dieser Widerstand war vergebens, die christlichen Arbeiter haben sich durchgerungen. Heute stehen Hunderttausende in diesen Gewerkschaften zusammen; alle Mut der Genossen ist ohnmächtig, sie müssen die Freiheit und Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften respektieren. Das war nicht zu erwarten, daß die neue Bewegung die sozialdemokratischen Gewerkschaften an Mitgliederzahl einholte oder überflügelte; der Sieg, den sie errungen, besteht darin, daß sie sich Geltung verschafft, daß man mit ihr als einem mächtigenden Faktor im öffentlichen Leben der Nation rechnen muß. Deshalb können die christlichen Gewerkschaften beider Konfessionen so frohen Herzens die Aufforderung Bischof Kappeler erfüllen. Sie haben im Hinblick auf den Glaubensmut der Christen vor 1600 Jahren auch einen Sieg im Zeichen des Kreuzes errungen. Dieser Sieg der christlichen Gewerkschaften ist ein vierfacher. Es ist:

1. Ein Sieg für die christliche Arbeiterschaft beider Konfessionen. Sie taten es als Katholiken und Evangelische, ohne von ihrem nationalen Standpunkt etwas preiszugeben. Heute ist kein christlicher Arbeiter mehr gezwungen, den „freien“ Gewerkschaften anzugehören, der rote Terrorismus muß an der Geschlossenheit und Finanzkraft der christlichen Gewerkschaften scheitern. Es ist

2. ein Sieg für die katholische und evangelische Kirche. Ohne die christliche Gewerkschaftsbewegung wäre beiden die Masse der Arbeiter verloren gegangen. Gewiß haben Vertreter der Kirche und die konfessionellen Arbeitervereine alles getan, um siegreich die Flut des Unglaubens abzuwehren, doch da die Sozialdemokratie mit den gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiter an sich zu fesseln versah, mußte natürlich der Gegenorganisation, den christlichen Gewerkschaften, die Hauptarbeit in dem Kampfe zufallen. Wo alle anderen Kampfsmittel versagten, die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich als äußerster Schutzwall am besten bewährt. Deshalb wird sie auch von allen kirchlichen Stellen, die Gelegenheit hatten, ihr segensreiches, fruchtbares Wirken kennen zu lernen, so hoch eingeschätzt und für durchaus notwendig gehalten. Der Sieg der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie ist

3. ein Sieg für das ganze deutsche Vaterland. Schlimm wäre es um die nationale Wohlfahrt bestellt, wenn die ganze Arbeiterschaft der Sozialdemokratie verfallen wäre. Dann käme der ganze vierte Stand in Feindschaft zu Kaiser und Reich, fern jeglicher nationaler Gefinnung. Daß dies nicht geschehen ist, daß es unter gewaltigen Anstrengungen verhindert wurde, dafür kann den christlichen Gewerkschaften nicht Dank genug gesagt werden. Es ist der Sieg der christlichen Gewerkschaften aber

4. auch ein Sieg für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, einschließlich jener Arbeiter, die zu den Nachläufern der Sozialdemokratie gehören. Als sich die christlichen Gewerkschaften durchgerungen hatten, zwangen sie auch die „freien“ Gewerkschaften zu ernster, besonnener Gegenwartsarbeit. Ohne diesen Zwang, ohne den regulierenden und kontrollierenden Einfluß der christlichen Gewerkschaften, wären jene schon längst dem ödesten arbeitserfüllenden Radikalismus verfallen. Dieser Zwang zur positiven Gewerkschaftsarbeit ermöglicht ein Zusammenarbeiten der christlichen und freien Gewerkschaften in Fragen der Arbeiterinteressen, wie es kürzlich in einem Aufruf des christlichen Bergarbeiterverbandes proklamiert wurde. Wären die christlichen Gewerkschaften noch eine belanglose Minderheit, hätten sie sich nicht durch

zufehen verstanden, ein solches Zusammenarbeiten als gleichwertige Faktoren wäre undenkbar. Die Arbeiter haben den Vorteil davon, daß das möglich geworden ist. Sie verdanken es auch der machtvollen christlichen Gewerkschaftsbewegung, daß trotz allen Widerstandes der Scharfmacher die Sozialgesetzgebung durchgeführt, Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter ummöglicht wurden und das Unternehmertum in der Gewerkschaftsbewegung nicht einen Feind auf Leben und Tod, sondern eine vernünftige wirtschaftliche Bewegung erkennt, mit der ein Interessenausgleich wohl möglich ist, die weitgehendes Entgegenkommen in wohlverstandenen Arbeitgeberinteresse verdient. Das haben die Tarifabschlüsse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besser als alles andere erwiesen.

Erkennen und würdigen müssen die Verdienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Vorteile, die sie der Arbeiterschaft gebracht, neben den Arbeitern auch die Arbeiterfrauen. Heute, wo so viele Frauen dem schönen Feste bewohnen, muß das einmal gesagt und der Abneigung entgegen gearbeitet werden, die alle Frauen gegen die nach ihrer Meinung zu hohen Gewerkschaftsbeiträge haben. Einsehen und anerkennen müssen das aber auch die heranwachsenden Söhne und Töchter unserer christlichen Arbeiter und daraus lernen, daß des Vaters Siege auch ihre Siege sind. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, daß die Jugend ihre frischen, unverbrauchten Kräfte in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stellt, daß die Söhne und Töchter vollenden, was die Väter unter schwersten Opfern begonnen haben. So mit neuem Eifer, mit neuer Hingabe und mit Begeisterung alle Kräfte zusammengefaßt für die hohen, christlichen, vaterländischen und sozialen Aufgaben. Nicht dürfen die christlichen Gewerkschaften ausruhen auf den Lorbeeren des ersten Sieges, den sie errungen haben. Als 819 die ersten Christen sich Freiheit und Selbständigkeit errungen hatten, da begann die Kirche ihren Siegeslauf, der ihre Scharen immer mehr vergrößerte und bald das Heidentum gänzlich überwand. So müssen auch die christlichen Gewerkschaften sich das Ziel setzen, alle Arbeiter unter ihrer Fahne zu vereinigen und ihnen damit den Weg zurück zu ihrer Kirche, zu ihrem Glauben zu ebnen. Arbeiten und kämpfen sie unerschrocken weiter, dann wird sich das Kräfteverhältnis zugunsten der christlichen Gewerkschaften verschieben und ihr Einfluß immer größer werden, dann wird die sozialdemokratische Gefahr gänzlich beseitigt werden.

Briefkasten.

J. S. Ettlingen. Unseres Erachtens muß die „Fürsorgetafel des Verbandes katholischer Arbeitervereine“ mit der „Leotafel“ gleich behandelt werden. Wende dich an das Generalsekretariat. Gruß!

Mehrere Zuschriften mußten für die nächste Nummer liegen bleiben.

Versammlungskalender.

- Ameru St. Georg. 31. August, 10 1/2 Uhr, im Lokale Wm. Bernhard Glasen.
- Barmen. 28. August, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1.
- Brand. 24. August, 10 1/2 Uhr, bei Wengenber.
- Buisenbach. 30. August, 8 Uhr, im Lokale „Zum Engel“.
- Dahlhausen (Wupper). 24. August, 2 Uhr, im Lokale Heinz Ringel.
- Delmenhorst. 24. August, 1/2 Uhr, im Lokale Heinrich Delermann, am Bahnhof.
- Derfslag. 24. August, 1/211 Uhr, bei Karl Jäger „Westfälischer Hof“.
- Düsseldorf. 26. August, abends 8 Uhr bei Wm. Dorff, Karolingerstr.
- Euenheim-Wilfkirchen. 24. August, 5 Uhr, im Lokale Kreuzer in Wilfkirchen, Quartalsversammlung.
- M.-Glabbach-Blumenberg. 24. August, 11 Uhr, bei Wilt. Nelles, Luffenstraße.
- M.-Glabbach-Eicken. 31. August, 3 Uhr, im Sozialen Hause, Marienkirchstraße, Arbeiterinnen-Versammlung.
- M.-Glabbach-Hardtbröck. 30. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale Hub. Paggan, Mühlenstraße.
- Grefrath. 31. August, 11 Uhr, im Lokale Kempges.
- Greiz. 30. August, 1/29 Uhr, in Gräfers Lokal, hohe Jaffe.
- Höfen. 24. August, 5 Uhr, bei Prümmer, Generalversammlung.
- Oberrhausen. 23. August, 1/29 Uhr, bei Karl Dismann, Viehbrück.
- Stocach. 24. August, 2 Uhr, im Lokale Brauerei Stengele.
- Wülfelen. 24. August, 10 Uhr, im Lokale Korn. Schümmer, Generalversammlung.

I. Agitationsbezirk Krefeld.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 21. September, vormittags punkt 10 Uhr beginnend, in der „Reichshalle“ in Krefeld, Westwall, statt. Die Ortsgruppen werden ersucht, gemäß § 40 des Statuts Delegierte zu entsenden. Die Tagesordnung wird den Delegierten durch Rundschreiben bekannt gegeben.

J. A.: Joh. Müller, stellvert. Bezirksleiter.

II. Agitationsbezirk M.-Glabbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 14. September, statt. Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, die Namen der nach § 40 des Verbandsstatuts zu erwählenden Delegierten, soweit dieses noch nicht geschehen, bis zum 1. September dem Unterzeichneten einzureichen. Näheres wird denselben durch Rundschreiben mitgeteilt werden.

Mit kollegialem Gruß
Wilhelm Hermes, Bezirksleiter.

III. Agitationsbezirk Aachen.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 14. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Aachener Gesellschaftshaus, Pontstraße 56, zu Aachen

statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Verbandsstatuts vorzunehmen. Näheres wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Ewald Weber, Bezirksleiter.

IV. Agitationsbezirk Barmen.

Unsere ordentliche Bezirkskonferenz wird am Sonntag, den 14. September, morgens 10 1/2 Uhr beginnend, im Gasthof zum König von Preußen (Robert Hildebrand) in Lennep, Am Markt 2, stattfinden.

Die Ortsgruppenleitungen sind höflichst gebeten, die Wahlen nach § 40 unserer Satzungen rechtzeitig vornehmen zu lassen und die genauen Adressen der Delegierten dem Unterzeichneten mitzutellen.

Mit kollegialem Grusse
H. J. Fahrenbrach, Bezirksleiter,
Barmen, Heddinghauserstr. 6.

VI. Agitationsbezirk (Münster).

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 7. September in Münster statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
H. Camps, Bezirksleiter.

VII. Agitationsbezirk Hannover.

Am Sonntag, den 14. September, findet die diesjährige Konferenz unseres Bezirks in Hannover statt.

Die Ortsgruppen werden freundlichst gebeten, die erforderlichen Wahlen zur Konferenz demnächst vorzunehmen. Alles Nähere wird den Ortsgruppen durch die Bezirksleitungen baldigst mitgeteilt werden.

Mit kollegialem Gruß!
Abolf Benzing, Bezirksleiter.

VIII. Agitationsbezirk Schlesien.

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 7. September, in Neustadt (O.-S.) statt. Die Ortsgruppen wollen die nach unserem Statut erforderlichen Wahlen unverzüglich vornehmen. Beginn der Konferenz, Tagungsort und Tagesordnung wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Mit kollegialem Gruß
Die Bezirksleitung. J. A.: G. Jungnitzsch.

IX. Agitationsbezirk

Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Die diesjährigen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt: Für die Gaue Oberlausitz und Niederlausitz gemeinsam am 7. September in Görlitz. Für die Gaue Vogtland und Mittelsachsen am 14. September gemeinsam in Chemnitz.

Die Ortsgruppen werden hierdurch freundlichst ersucht, die Wahlen (§ 40 des Statuts) zu tätigen. Alles nähere wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

X. Agitationsbezirk Bayern.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 21. September in Nürnberg statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten baldmöglichst nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Lokal und Tagesordnung wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Peter Geier, Bezirksleiter.

XII. Agitationsbezirk Baden.

Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 28. September, vormittags 10 Uhr, in Basel statt. Die Ortsgruppen wollen ihre Delegierten wählen (§ 40 des Statuts). Näheres erfolgt durch Rundschreiben.

Mit kollegialem Gruß!
Ernst Rümmele, Bezirksleiter.

XIII. Agitationsbezirk Elsaß.

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 21. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Colmar statt. Die Ortsgruppen wollen ihre Delegierten wählen (§ 40 des Statuts). Näheres erfolgt durch Rundschreiben.

Mit kollegialem Gruß!
J. A.: Ernst Rümmele.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Albert Hallen in Krefeld.
- Edmund Knops in Aachen.
- Lucia Drieling in Greven.
- Jean Drechsler in Delmenhorst.
- Johann Feldhaar in Bocholt.
- Frau Blanke in Metelen.
- Wilhelm Classen in Dülken.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Von Dr. Franz Hize, o. ö. Prof. in Münster i. W., M. d. R. Mit Beiträgen von Geh. Oberregierungsrat Dr. Wurmeling, M. d. R. A., Berlin, und Sanitätsrat Dr. Fahrbender, Berlin-Südende, gr. 8° (124) M.-Glabbach 1913, Volksvereins-Verlag GmbH. M. 1.80, postfrei M. 1.80.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Staatliches Reglementieren und private Unselbständigkeit. I. Die staatliche Genehmigung privater Betriebe. II. Die staatliche Kontrolle privater Betriebe. III. Die staatliche Regelung privater Betriebe. IV. Die Verstaatlichung privater Betriebe. Zweiter Teil: Der Kampf um die Rente. I. Unerwünschte Folgen der Rentenversicherung. II. Das Recht des Arbeiters auf Rente. Wirkungen auf den Volksschatz und die Volkskraft. 1. Allgemeine Kritik. 2. Unfallneurose — Rentenhygiene. 3. Verlängerung der Heilungsdauer; Ueberreizung und Stimulation. 4. Ergebnis. Dritter Teil: Der parteipolitische Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen. I. Die Parteiherrschaft. II. Die Grenzen der Sozialpolitik. Vierter Teil: Die segensreichen Wirkungen unserer Sozialpolitik. I. Grundgedanke und Ziel der Arbeiterversicherung. II. Leistungen der Arbeiterversicherung. III. Die Wirkungen des Arbeiterchutzes und der Arbeiterversicherung für die gesundheitliche Hebung des Arbeiterstandes. IV. Wirtschaftliche und kulturelle Hebung unseres Volkes.

Zu einer kritischen Würdigung und Widerlegung der Bernhardschen Tendenzschrift war wohl niemand mehr berufen als einer der Mitgeschöpfer des großen Werkes der deutschen Sozialreform Prof. Dr. Hize, der in mehr denn dreißigjähriger unermüdlicher parlamentarischer Wirksamkeit an fast allen sozialen Gesetzen entscheidend mitgewirkt hat. Dem jüngsteren Spott, mit dem Prof. Bernhard seine herunterreichenden Ausführungen über schwerwiegende und verteilte Fragen unserer sozialen Gesetzgebung glaubt „würzen“ zu dürfen, stehen bei Prof. Hize tiefer Ernst und warmes Interesse gegenüber. Muß bei Bernhard die äußere Form der Darstellung über die innere Dürftigkeit und teilweise Unzuverlässigkeit hinweghelfen — man denke nach dieser Richtung nur an die Wiedergabe der Rede des Herrn v. Stumm und des Ministers von Verleßlich bei den Beratungen über die Sonntagsruhe in der Gewerbeordnungsnovelle 1891 — so belundet der Inhalt der Ausführungen Prof. Hizes auf langjährigen Erfahrungen beruhende sachliche Ueberlegenheit und Ueberzeugungskraft. So wird Herr Bernhard, der als volkswirtschaftlicher Einspänner gegen unsere Sozialreform siegesbewußt zu Felde zog, gründlich abgeföhrt. Nicht minder müssen dem Theoretiker Bernhard gegenüber auch Dr. Wurmeling und Sanitätsrat Dr. Fahrbender als zu einem sachlichen Urteil durchaus berufen gelten, Lehrer als erfahrungsreicher praktischer Arzt und ersterer als langjähriger Mitarbeiter an unserer sozialen Gesetzgebung; zuletzt noch als Regierungskommissar bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Christliche Gewerkschaften und soziale Wahlen — Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie. — Die Maßnahmen gegen die Leuzung im Lichte der Gewerbeinspektionsberichte. — Zweck und Wesen unseres christlichen Textilarbeiterverbandes. — Der Abfall deutscher Textilwaren in unseren Kolonien. — Feuilleton: Zwangsvorrichtungen in der Jacquardweberei. — Allgemeine Rundschau: Zweckmäßigkeit. — Entschuldigungen für Schöffen und Geschworene. — Die heimatischen Arbeiterkurse — Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter. — Der Stillstand in der sozialdemokratischen Parteiorganisation. — Die „wertvolle Stütze“ der Unternehmer. — Das Los der alten Lohnarbeiter. — Massenstreik und Wirtschaftskonzunktur. — Evangelisches Arbeitervereine und die Gelben. — Sozialdemokratisches Arbeitsmonopol. — Sozialdemokratische Noheit. — Invaliden- und Hinterbliebenenrentenzahlungen im Jahre 1912. — Aus Industrie und Wirtschaftsleben: Glasfische und japanische Stoffdruckereien im Weltkampfe. — Gefährdung der deutschen Baumwollspinnerei. — Gerabehung der Preise für Baumwollgewebe. — Hohe Futpreise. — Der Geschäftsgang in den Gold- und Silbergespinnfabriken. — Mangelnde Unternehmungslust der deutschen Baumwollindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Volksversicherung. — An die Kartell- und Zahlstellenvorstände. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Bayreuth. — Berichte aus den Ortsgruppen: Auerbach. — Barmen. — Busenbach. — Cottbus. — Emsdetten. — Hannover. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.